

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 92.

Sonnabend, den 18. April 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen u. „Die Neue Welt.“

Der Osterfeiertage wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Dienstag.

Die Zeit der Saat.

Osterfeuer flammen von den Bergen,
Himmelauf zuckt roter Freudenchein,
Stillemisch, mit rebellischen Gebärden
Zog der Frühling in das Land hinein.
Seine Wetterstöße drohn und grollen,
Die Vernichtung — seine erste Tat;
Doch die Feuer grüßen von den Bergen
Lodernd ihn: Du bist die Zeit der Saat!

Aus den dämmergrauen Atherfernen
Nacht sich wieder nun der Sonnenblick;
Vor den siegenhellen Strahlenspeeren
Weicht der Winter, weicht die Nacht zurück.
Und der Landmann geht mit vollen Händen
Durch des Ackers schmalen Furchenpfad,
Streut die Körner in die offenen Schollen
Frohen Augs: Nun ist die Zeit der Saat.

Herrlich ist's, wenn rings die Wipfel rauschen
Und der Sturm das Alte zürnend sprengt,
Auf des Werdens leisen Ton zu lauschen,
Der von unten klingend aufwärts drängt.
Wie es wispert in den dunklen Gründen,
Wie das junge Leben sucht den Pfad
Aus der Finsternis versteckten Schlingen —
Wunderherrlich ist die Zeit der Saat.

Schon erhob sich's in Millionen Keimen,
Schollen plagen, und die Kinde bricht,
Knospen schwellen, Blatt und junge Blüten
Rehren sonnendurstig sich zum Licht.
Und der Mensch träumt mit erhellten Sinnen
Schon vom fernem Erntetag der Mahd,
Sieht die Mühsal ihren Preis gewinnen,
Sieht die Früchte dieser Zeit der Saat.

Osterfeuer flammen von den Bergen,
Auferstanden! jubelt die Natur,
Und es wandelt mit befreiter Stirne
Auch der Mensch in ihrer Strahlenspur.
Wer da fühlt, den ruft's mit tausend Zungen
Zu des Lebens schönster Freudental:
Pflüger, Pflüger wiederum zu werden,
Auszustreuen seine beste Saat!

E. Preetzang.

Liberalismus und Steuerpolitik.

Dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung, der nächste Woche in Frankfurt a. M. zusammentritt, soll bekanntlich von seinen Referenten über das Thema „Reichsfinanzreform“ eine Resolution vorgelegt werden, welche die Erklärung enthält, daß für die Finanzen des Reichs nicht allein direkte Steuern oder solche Steuern genügen, die die vermögenden Klassen treffen, sondern daß „auch auf geeignete Verbrauchssteuern zurückgegriffen werden muß.“ Für die Praxis bedeutet dies natürlich: der Freisinn wird im kommenden Herbst mithelfen, die indirekten Steuern, die auf dem Volke lasten, aufs neue zu vermehren. Denn die Organe der Reaktion lassen schon heute keinen Zweifel darüber, daß sie ihrerseits an direkte Steuern gar nicht denken. Also, da der Freisinn angeblich für beides, für direkte wie indirekte Steuern, zu haben ist, und da direkte für die konservativen Blockbrüder nicht in Frage kommen, so wird er eben für indirekte stimmen.

Zum Unterschied von seiner postigen Haltung in Sachen der Blockpolitik muß man es nur freilich dem Freisinn lassen, daß er in diesem Punkt seine Grundzüge nicht erst zu verleugnen braucht um das Wohlgefallen seiner Blockherren zu verdienen. Es kommt allerdings darauf an, was man unter „Grundzügen“ versteht. Selbstverständlich verfährt jede indirekte Steuer schon deshalb gegen die Grundzüge der Demokratie, weil sie die Einnahmen der

Regierung von der Bewilligung und Kontrolle des Parlaments unabhängig macht. Aber dieser Prinzipienverstoß ist beim Freisinn nichts Neues. Die Kolonialpolitik bekämpfte er noch am 13. Dezember 1906 vormittags; vom Nachmittag desselben Tages an war er ihr eifriger Mitsprecher. Die Rede- und Meinungsfreiheit verfocht er — wenigstens theoretisch — noch 1907, während er sie 1908 vernichten half. Aber die indirekte Steuer hat er nie bekämpft. So lange es einen deutschen Liberalismus gibt, ist er sich entweder über die grundsätzliche Bedeutung und praktische Tragweite der indirekten Steuer nicht klar geworden, oder er hat im Gefühl der eigenen Schwäche es unterlassen, sich als ihr Gegner zu bekennen.

Die jetzigen freisinnigen Parteien sind bekanntlich Abkömmlinge der einstigen Fortschrittspartei. Als diese im Jahre 1861 in Preußen gegründet wurde, gab sie sich ein reichlich langes Programm. Es umfaßt zwei volle, eng bedruckte Seiten. Aber von Finanzwesen findet sich darin kein einziges armseliges Wörtlein. Ist es nicht sonderbar, daß der deutsche Liberalismus schon in der Stunde seines Entstehens sich um eine klare, grundsätzliche Stellungnahme zu dieser wichtigsten aller Fragen der Staatspolitik so sorgfältig herumgedrückt hat? Nicht anders als die Fortschrittspartei verfuhr auch die Nationalliberalen. Diese Partei entstand in Preußen 1866, indem eine Anzahl Fortschrittler sich abspalteten und eine neue Partei gründeten. Das Programm, das sie sich 1867 gaben, ist noch viel länger als das der Fortschrittspartei; aber sie befolgten treulich das Beispiel der Mutterpartei, über Finanz- und Steuerwesen schwiegen sie sich grundsätzlich aus.

Das Jahr 1878 sah ein neues Programm der Fortschrittspartei entstehen, und hier liest man unter Nr. 4:

„Erhaltung des Rechts des Reichstages auf jährliche Steuerbewilligung.“

Das klingt sehr klar und bestimmt und entschieden. Der demokratische Grundsatz, daß der Reichstag die Einnahmen der Regierung kontrollieren und zu diesem Zweck immer nur auf ein Jahr bewilligen muß, wird mit größter Schärfe betont. Nun versteht es sich von selbst, daß indirekte Steuern niemals nur auf ein Jahr bewilligt werden können. Eine Steuer auf Salz oder auf Bier oder Brot kann man nicht auf ein Jahr, sondern nur dauernd festsetzen. Mithin liegt in dem zitierten Programmabsatz zugleich die Verwerfung jeder indirekten Steuer.

Aber leider, leider! In den nächsten paar Zeilen fährt das Programm fort:

„Verteilung der Steuerlast nach Maßgabe der Steuerkraft; insbesondere keine Überbürdung der weniger bemittelten Volksklassen durch unverhältnismäßige Besteuerung allgemeiner Verbrauchsgegenstände.“

Sa, was ist denn das? Oben wurde jährliche Steuerbewilligung verlangt und unten werden indirekte Steuern als zulässig erklärt? Denn es sollen ja nur die Verbrauchsgegenstände nicht „unverhältnismäßig“ belastet, die ärmeren Volksklassen nicht „überbürdet“ werden. Man sieht, schon vor 30 Jahren, als der deutsche Liberalismus überhaupt zum ersten Mal ein prinzipielles Wort über Steuerwesen aussprach, hat er die Zulässigkeit indirekter Steuern programmatisch festgelegt. Er hat sich gleichzeitig für direkte und auch für indirekte Steuern erklärt.

Von da ab ist die Geschichte des deutschen Freisinnus bekanntlich wieder sehr wechselvoll verlaufen. 1880 traten aus der nationalliberalen Partei wiederum 17 Abgeordnete aus, die sich 1884 mit der Fortschrittspartei verbanden. Die hierdurch entstehende neue Partei nannte sich „Deutsch-freisinnige Partei“ und gab sich ein neues Programm. Dieses drückt sich wie folgt über Steuerfragen aus:

„Im Steuersystem Gerechtigkeit und Schonung der Volkskraft; Entlastung der notwendigsten Lebensbedürfnisse.“

Der „Fortschritt“ dieses Programms gegen das alte besteht, wie man sieht, darin, daß hier direkte Steuern und jährliche Bewilligung überhaupt nicht mehr gefordert werden, sondern nur noch indirekte. Denn nur die „notwendigsten“ Lebensmittel sollen von der Steuer, auch nicht einmal befreit, sondern nur „entlastet“ werden. Daß auch hier wieder, wie schon 1878, die indirekte Steuer nicht mit klaren, bestimmten Worten postuliert wird, sondern nur schlichteren, gewissermaßen von hinten herum, beweist höchstens, daß der Freisinn schon damals ein böses Gewissen hatte.

Und nun muß man wissen, daß das Programm von 1884 noch heute für die „Freisinnige Vereinigung“ gilt. Denn als im Jahre 1893 die deutsch-freisinnige Partei sich in die beiden freisinnigen Fraktionen zersplitterte, erklärte die Freisinnige Vereinigung (an ihrer Spitze stand damals Theodor Barth!), daß sie an dem bestehenden Programm festhalte. Nur die freisinnige Volkspartei gab sich ein neues Programm.

Dieses wiederholt die Eintätigkeit des Programms von 1878; an der einen Stelle verlangt es „einjährige Finanzperioden, jährliche Steuerbewilligung.“ und an der anderen „Entlastung der notwendigsten Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen.“ Es erklärt sich also ebenfalls gleichzeitig für direkte und für indirekte Steuern, nur daß es — auch hierin dem Programm von 1878 gleichend — die direkte Steuer bloß gewissermaßen zwischen den Zeilen, eingeschlossen in die Forderung jährlicher Steuerbewilligung, erwähnt.

Mithin, wenn auf dem Frankfurter Parteitag die Herren Rommsen und Dohrn ihre Resolution vorlegen und verlangen werden, daß ihre Partei darin die Bereitschaft zur Bewilligung neuer indirekter Steuern im kommenden Herbst anzusprechen soll, so können sie mit Recht behaupten, daß sie dabei durchaus auf dem Boden des geltenden Programms der freisinnigen Vereinigung bleiben. Ja sie sind sogar noch „liberaler“ als dieses Programm, denn sie wollen ja daneben auch noch direkte Steuern zulassen, das Programm aber redet nur von indirekten Steuern.

Frägt man aber, wieso der Freisinn in seinen Programmen und Grundzügen die indirekte Steuer gutheißt, obgleich doch feststeht, daß er dadurch tatsächlich die Einnahmen der Regierung der Kontrolle des Parlaments entzieht, so kann die Antwort nicht wahr sein: hat doch die indirekte Steuer außerdem die Wirkung, die Lasten von den Reichen auf die Armen zuwälzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Preussische Wahlpolitik.

In dem preussischen Landtagswahlkampf wird die unvermeidliche Folgerung aus der Blockpolitik gezogen werden. Die Sozialdemokratie wird allein den Kampf um Preußens Ehre führen:

Das ist der Sinn der folgenden Rundgebung: „In „Vorwärts“ veröffentlicht die preussische Landeskommission als Zentralwahlkomitee die Richtlinien für die sozialdemokratische Taktik zu den preussischen Landtagswahlen.“ In Kreisen, in denen mehrere Abgeordnete zu wählen sind, leiht die Sozialdemokratie bei Ur- und Abgeordnetenwahlen nur solchen Personen ihre Unterstützung, die sich bereit erklären, ihr ein Mandat des Kreises abzutreten. In den sogen. einmännigen Wahlkreisen darf Unterstützung bei Ur- und Abgeordnetenwahlen nur dann geleistet werden, wenn von bürgerlicher Seite Gegenleistung in anderen Kreisen zugesichert ist, oder wenn der bürgerliche Kandidat sich bindend für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen und für Neuerteilung der Wahlkreise erklärt und das Berliner Zentralwahlkomitee zur Unterstützung des Kandidaten durch die Partei seine Zustimmung erteilt hat. Überhaupt bedarf jede Abmachung mit bürgerlichen Parteien der Zustimmung des Zentralwahlkomitees. Der Aufzug hebt ausdrücklich hervor, daß diesmal für die Haltung der Partei gegenüber den bürgerlichen Parteien schärfere Grundzüge gelten, als bei den Landtagswahlen vor fünf Jahren. Diese Verschärfung wird mit der Haltung des Blockfreisinnus begründet.

Praktisch dürfte die Parole des Zentralwahlkomitees dazu führen, daß die Sozialdemokratie, vielleicht von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, einem bürgerlichen Kandidaten überhaupt keine Unterstützung leiht. Kompromisse werden von keiner bürgerlichen Partei gesucht werden. Zur Unterstützung oder Gegenleistung kämen aber höchstens jene Liberalen in Betracht, die grundsätzlich Gegner der blockfreisinnigen Taktik sind. Von diesen Aufrechten hat aber keiner Aussicht auf eine ernsthafte Kandidatur. Als Kandidaten der Organisationen, aus denen sie binnen kurzer Zeit ausscheiden werden, kommen sie überhaupt nicht mehr in Betracht.

Bilows Canossagang.

Der Reichskanzler Fürst Bülows machte Mittwoch auf seiner Reise dem Papst einen Besuch. Er ist der erste deutsche Reichskanzler, der dem Papst seine Aufwartung macht. Der römische Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ erzählt über den Besuch des Kanzlers von deutscher Seite folgendes: Fürst Bülows sprach sowohl mit dem Papst als auch mit dem Kardinal-Staatssekretär über das deutsche Zentrum. Bülows machte keinen Hehl daraus, daß er diese Frage als eine rein innerpolitische Frage betrachtet, welche keine Einmischung von anderer Seite zuläßt. Diese Auffassung begünstigt sich mit der Kurie durchaus. Auch in Rom besteht bei dem bekannten Verhältnis der Kurie zum Zentrum keinerlei Neigung, auf die inneren Dinge einzugehen. Der Kanzler würde sich in seiner absolut paritätischen

stehen Stellung in keiner Weise beirren lassen. Er will weder den Block noch die katholische Bevölkerung kritisieren. Abgesehen davon gäbe es gute Katholiken genug, welche die Rankünen des Zentrums durchaus nicht billigen. Jedenfalls sei aus der wäutern Aufnahme zu entnehmen, daß die parlamentarischen Zwistigkeiten weder den Fürsten Bismarck noch den heiligen Vater abgehalten, sich aufs freundschaftlichste zu begreifen.

Von vorkatholischer Seite wurde demselben Berichterstatter erklärt, man mißbillige das Treiben der Zentrumsopposition, die namentlich von jüngeren Parteileuten ausgehe und hoffe, daß die guten Beziehungen zwischen Vatikan und der Reichsregierung ihren Einfluß auf die innere Politik Deutschlands ausüben würde. Jedenfalls sei man im Vatikan überaus befriedigt und erblicke nach wie vor in Deutschland das feste Bollwerk der Autoritäten gegen den Ultrazismus. — Na also!

Herr Behrens

Der jamaose „Arbeiter“abgeordnete, will sich jetzt wegen seines Verhaltens bei der Beratung über das Reichsvereinsetzungsgesetz rechtfertigen, tut das aber in einer Weise, daß er nur noch tiefer in den Sumpf gerät. In einer Versammlung des evangelischen Arbeitervereins in Essen äußerte er nach dem Bericht der „Essener Volkszeitung“ aus, die Regierung habe erklärt, unter keinen Umständen auf den Sprachenparagrafen und den Ausschluß der Jugendlichen verzichten zu können; ein Rückzug der Regierung würde diese vor der ganzen Welt lächerlich gemacht haben. Das neue Gesetz bedeute im ganzen eine wesentlich freierliche Gestaltung gegenüber den bisherigen Verhältnissen und aus diesem Grunde hätte der § 7 geschluckt werden müssen. Der § 10 a richte sich gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, deren Wirken skandalös sei.

Also Herr Behrens gibt offen zu, daß er einem Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratischen Organisationen zugestimmt hat!

Die antisemitischen Mittelständler und das Börsegesetz.

Wer im Reichstage bei dem Börsegesetz den anderen Kontrahenten überfordert hat, ist eine noch ungelöste Preisfrage. Einzelne liberale Blätter, die freilich aus jeder Blüte der Blockpolitik Honig saugen, wollen allen Ernstes auch in dem Börsegesetz einen „Erfolg des Liberalismus“ erblicken. Dem steht freilich gegenüber, daß die gesamte konservativ-agrarische Presse in der Auffassung vollkommen einig ist, daß das Börsegesetz einen bedeutenden Fortschritt in der Richtung ihrer Forderungen darstellt. Doch dem sei, wie ihm wolle. Bemerkenswert und einer gewissen Tragik nicht entbehrend ist jedenfalls die Tatsache, daß sich in den beiden antisemitischen Gruppen wegen der Zustimmung ihrer parlamentarischen Vertreter eine gelinde Empörung geltend macht. Die Führer beider Parteien haben alle Hände voll zu tun, um die Protestler zu beschwichtigen. Besonders reizvoll wird die Situation durch den Umstand, daß die Deutschsozialen geschlossen für, die Reformpartei in ihrer Mehrheit gegen das Gesetz gestimmt haben. Gegen die beiden reformparteilichen Abgeordneten Bruhn und Gabel, die sich bei der Abstimmung von ihren näheren Parteifreunden trennten und für das Gesetz votierten, wird wahrscheinlich auf dem Ende dieses Monats stattfindenden Parteitage ein hochnotpeinliches Verfahren eröffnet werden.

Die „Deutsche Reform“ des Abg. Zimmermann fährt gegen ihre Mittelstandsbrüder von der anderen antisemitischen Fakultät das größte Geschütz auf. So heißt es in einer nach dem Rheinland gerichteten Notiz: „Aus rheinischen Herzen erlöht Ihr Ruf: Nieder mit den Verrätern des Volkswohls! Wir erwidern Ihr kräftiges Heil und danken für das Vertrauen.“

Das „Nieder!“ richtet sich hauptsächlich gegen die Abgeordneten Bruhn und Gabel; sie dürften wohl auf dem Leipziger Antisemitentage einen schweren Stand bekommen.

Kein billiges Fleisch, nur billige Arbeitskraft.

Durch die Politik der Grenzsperr für ausländisches Fleisch ist, besonders nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge, die deutsche Bevölkerung an der holländischen Grenze schwer getroffen worden. Die meist in der recht niedrigen Löhne zahlenden Textilindustrie in Bocholt i. Westf. beschäftigten Arbeiter konnten sich früher immerhin hin und wieder ein Stückchen Braten leisten, indem sie über die nur eine Stunde entfernte holländische Grenze gingen und jenseits der schwarz-weißen Pfähle billiges Fleisch einkauften, das sie in Mengen bis zu 4 Pfund zollfrei über die Grenze bringen durften. Mit dieser Herrlichkeit ist es seit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge vorbei. Die arme, fromme Bevölkerung, die von der Zentrumsprelle über den Zweck der vom Zentrum unterstützten Zoll- und Grenzsperrpolitik in wohlverstandener Parteiinteresse nicht aufgeklärt wird, glaubte in ihrer Harmlosigkeit, sie brauche der Regierung nur ihre Not zu klagen und sicher dürfe sie wieder zu den Fleischtopfen Hollands zurückkehren.

Der katholische Arbeiterverein, der natürlich von Geistlichen geleitet wird, die anscheinend ebenfalls die Schönheiten der Zentrumspolitik nicht kennen, richtete an den Bundesrat und an des Finanzministerium eine Petition, in der um die Gestattung einer zollfreien Einfuhr kleiner Quantitäten Fleisch für den Hausgebrauch gebeten wird. Diese am 20. Mai 1906 abgefaßte Petition ist erst dieser Tage, dafür aber auch in ablehnendem Sinne beantwortet worden. Bismarck ist die Grenzsperr dieser Tage durch eine Verfügung des Regierungspräsidenten von Münster (v. Geisler) noch erheblich verschärft worden, denn nach § 1 dieser Verfügung ist nun auch die Einfuhr von Heu und Stroh aus den Niederlanden verboten. Als Grund wird die Gefahr der Übertragung der in den Niederlanden herrschenden Maul- und Klauenseuche auf den inländischen Viehbestand angegeben.

Wehr Stück mit ihren Bestrebungen, billiges Fleisch zu erlangen, haben die Unternehmer. Allerdings, diese verlangen nicht billiges holländisches Schweinefleisch. Sie

können das Fleisch des teuren nationalen Vorstweins bezahlen. Ihr Hunger zielt nach billigem holländischen Fleischmaterial. Und für dieses wird nicht nur Einfuhrerleichterung geschaffen in Gestalt von Sondertarifen, jetzt soll auch eine von den Unternehmern projektierte Bahn, die hauptsächlich dem Verkehr holländischer Arbeiter mit den angrenzenden deutschen Industrieplätzen dienen wird, aus den Mitteln der Allgemeinheit subventioniert werden.

Der zeitungsfreundliche Ostelbier.

Jetzt ist das Mittel gefunden, wodurch man der volksaufklärenden Presse den Garaus machen kann. Das Mittel kommt natürlich aus dem Osten, und ein ostpreussischer Agrarier hat es ausgedacht. Ein Gutbesitzer aus der Gegend von Allenstein hat in einer Versammlung des Bundes der Landwirte kurz und bündig die Befreiung der Presse und die Mobilisierung der Behörden beziehungsweise des Befehlgebungsapparates gegen sie gefordert. Eine Notiz, die wir in der „Elbinger Zeitung“ finden, berichtet:

Die Einschänkung des Zeitungsweins verlangte Gutsbesitzer Montua aus Sophienhof bei Allenstein auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte, die am Sonnabend, 11. April, im Hotel „Kopernikus“ zu Allenstein stattfand. Der Bund der Landwirte möge dahin wirken, daß die Drucker schwarze scharfer besteuert werde, um dem Zeitungsweins zu steuern. In heutiger Zeit, so meinte Herr Montua, lese auf dem Lande schon jeder Arbeiter die Dummeiten in den Zeitungen und werde dadurch ganz konfus gemacht. Das sei die Folge der Billigkeit der Zeitungen, die dadurch auch dem einfachsten Arbeiter zugänglich seien. Durch das Zeitungslesen werde der Arbeiter von allem unterrichtet; das sei nicht gut und nicht wünschenswert; die schädlichen Folgen sehe man immer mehr hervortreten. Um den übergriffen der Arbeiter entgegenzutreten, müssen die Zeitungen teurer werden. Dieses wäre zu erreichen durch eine hohe Besteuerung der Drucker schwarze. Der Vorstand des Bundes der Landwirte konnte zunächst Herrn Montua nichts Bestimmtes in Aussicht stellen.

Herr Montua ist ein Stümper. Warum macht er nicht gleich ganze Arbeit und verlangt ein Gesetz, das allen ländlichen Arbeitern kurzweg verbietet, ihre Kinder überhaupt in die Schule zu schicken? Aber Scherz beiseite, die Rede dieses Herrn hat einen tiefen Hintergrund. Sie zeigt, bis zu welchen Forderungen unter dem heutigen Kurse die Reaktion sich bereits zu versteigen wagt.

Koloniale Kulturarbeit.

In einem Prospekt der Afrikanischen Kompagnie A.-G. heißt es u. a.:

Entsprechend den niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt haben wir gemeinsam mit den übrigen interessierten Handelsfirmen die Einkaufspreise und Löhne in Afrika herabgesetzt. Da sich die Eingeborenen schnell an die Reduzierung gewöhnt haben, so steht zu erwarten, daß das neue Geschäftsjahr ebenfalls günstige Resultate aufweisen wird.

Herr Dernburg spricht von der Notwendigkeit, die Bedürfnisse der Neger zu steigern, und die Kolonialspekulanten organisieren Lohndruckerkartelle!

Die Ausnahmen vom Ausnahmegesetz.

Auch in Baden ist man bemüht, das aus dem Sprachenzwang im Reichsvereinsgesetz drohende Unheil einzudämmen. Wie der Karlsruher „Volksfreund“ mitteilt, wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion alsbald nach Wiederzusammentritt der Kammer einen Antrag einbringen, in dem die Regierung um unverzügliche Vorlage eines Gesetzentwurfs ersucht wird, der alle zulässigen Milderungen für Baden sicherstellt. Insbesondere soll den zahlreichen in Baden lebenden Ausländern der uneingeschränkte Gebrauch der Muttersprache gewährleistet werden.

Evangelischer Schnaps.

Die „Köln. Volkszeitung“ hat entdeckt, daß in einer Nummer der Zeitschrift für Spiritusindustrie unter 26 Personal suchenden Inseraten sich 9 befinden, in denen evangelische Leute gesucht werden. In einer Notiz unter obiger Stichmarke regt sie sich sehr darüber auf, sie meint, „bei Erzeugung des Schnapses scheine die Religion eine Rolle zu spielen“, sonst könne so etwas nicht vorkommen.

Uns will es schier bedünken, daß der Rabbi und der Mönch usw.; denn wenn man die Personalgesuche in der „K. Volksztg.“ durchsieht, so findet man unter 26 Inseraten entschieden mehr als 9, in denen katholische Religion verlangt wird!

Österreich-Ungarn.

30 Millionen unterschlagen! Nach einer Pariser Meldung der „Neuen Freien Presse“ verläutet, daß eine Gruppe russischer Konzeßionäre gegen ein Wiener Bankhaus Anzeige wegen Unterschlagung in Höhe von dreißig Millionen Franks erstattet hat.

Vereinigte Staaten.

Gegen unerlöse Flottenpläne sprach sich das amerikanische Repräsentantenhaus aus. Wie aus Washington berichtet wird, lehnte es den Antrag Hobson, der den Bau von vier Schlachtschiffen anstatt der vom Marinekomitee befürworteten zwei vorseht, mit 190 gegen 79 Stimmen ab. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit lautem Beifall begrüßt. Die Ablehnung erfolgte auf eine Rede des Vorsitzenden der Kommission für die Bewilligungen, Tamm, worin dieser auf die große Zunahme der Geldbewilligungen hinwies und erklärte, Amerika gebe für Kriegsrüstungen mehr aus als irgendein anderes Land. — Roosevelt hat also eine Niederlage erlitten!

Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Vergebung staatlicher Arbeiten.

II.

Legt eine öffentliche Verwaltung ohne Spielraum sich auf alle Lohn- und Arbeitsbedingungen fest, die zunächst nur auf das Verhältnis hiesiger privater Arbeitgeber und Arbeitnehmer zueinander zugeschnitten sind, so gerät sie

in eine gewisse Abhängigkeit von dem jeweilig stärkeren dieser beiden Verbände und sie unterstützt gerade den mächtigeren Berufsstand. Das widerspricht dem Grundsatz der gleichartigen Behandlung aller Stände, die der Staat zu achten hat. Gingen gar Unternehmer und Arbeiter gemeinsam geschlossen vor, wie das immerhin für Spezialberufe nicht gänzlich ausgeschlossen ist, dann würde die Abhängigkeit unerträglich. Zur Abwendung eines unzulässigen Druckes kann auf die Heranziehung auswärtiger Unternehmer und Arbeiter nicht ausnahmslos verzichtet werden.

Gewisse Arbeiten sind hier kaum auszuführen, z. B. schnelle, schmutzige Erdarbeiten, zu denen sich unsere ansässigen Arbeiter nicht zu drängen pflegen, ferner auch technisch besonders schwierige Arbeiten einzelner Art.

Nur der Ort der Ausführung der Arbeiten und Lieferungen kann naturgemäß maßgebend sein für die Höhe der Löhne, seien sie tarifmäßig oder üblich oder gar Mindestlöhne. Der erzwungenen Gleichheit der Löhne und der unnatürlichen Übertragung der Lübecker Lohnsätze auf auswärtige Verhältnisse steht die örtliche Verschiedenheit aller Löhne hinderlich entgegen, zumal die Orte mit geringeren Löhnen in der Konkurrenz begünstigt sein würden.

In manchen Zweigen der Großindustrie, namentlich der Eisengroßindustrie existieren bislang weder Tarifverträge noch lassen sich bestimmte Lohnsätze als üblich irgendwo sicher feststellen. Auch darf die Dispositionsfähigkeit der einzelnen Unternehmer nicht unnötig eingeengt werden.

Folgerichtig müßten Staat und Gemeinde bei der Festlegung der Tarife mitwirken, auf die sie sich binden sollen. Das aber verbieten Erwägungen allgemeiner Art.

Von den behaupteten Vorzügen trifft einer unbedingt zu. Das wurde einstimmig in der Kommission anerkannt. Der Förderung hiesigen Geschäftslebens und der Verminderung der Armenlasten dient es, daß hier verdiente und auszahlende Lohnbeträge möglichst nicht nach auswärts wandern, sondern den hiesigen Arbeitern und ihren Angehörigen zur Ruhe kommen. Das erheischt vor allem auch die Rücksicht auf den tatkräftigen Stand unserer heimischen Bevölkerung selbst, an deren Wohlergehen unser Staat ein hervorragendes Interesse nimmt. Um dies sicherzustellen, bedarf es allerdings durchaus nicht des beantragten Erlasses mit weitgehendstem Inhalt und bedenklichen Nebenwirkungen. Wohl aber kann man ernstlich zweifeln, ob nicht, wie aus der Kommissionsmehrheit heraus angeregt wurde, ein ganz speziell beschränktes Erlassen zu befürworten sei, inhaltlich also dahin, daß auswärtige Arbeiter erst nach den einheimischen Berücksichtigung finden sollen. — Ähnlich steht es mit der Arbeit der Frauen. — Ganz auszusprechen ist auf der andern Seite ebensowenig die Verwendung auswärtiger Arbeiter wie von Arbeiterinnen; auch die Tätigkeit der Frauen, denen das Recht auf Arbeit nicht abgeprochen werden kann, ist bei leichteren Verrichtungen öffentlicher Arbeiten nicht zu entbehren. Das betonen die drei sachkundigen Mitglieder der Mehrheit der Kommission; sie sind zugleich der Ansicht, daß auswärtige Arbeiter und Arbeiterinnen in übertriebener Maße oder unangemessener Weise in Lübeck bei öffentlichen Arbeiten bisher nicht verwendet sind. Eine Notwendigkeit, deren Tätigkeit bei Submissionsarbeiten in Zukunft zu beschränken, kann daher auch in dieser Hinsicht nicht anerkannt werden. Ob aber ein, dem pflichtmäßigen Ermessen der Verwaltungsbehörden genügender Spielraum lassendes Erlassen, abzustellen also allein auf die Beschränkung der Tätigkeit auswärtiger Arbeiter und von Arbeiterinnen bei öffentlichen Arbeiten, nicht gleichwohl zweckmäßig sei, darüber waren die Auffassungen verschieden.

Die Hamburger allgemeinen Bedingungen (§ 7 Absatz 2) enthalten folgende Vorschrift:

„Der Unternehmer ist verpflichtet, bei sämtlichen auf der Baustelle zur Ausführung kommenden Arbeiten in erster Linie solche in ihrem Fache geübte Arbeiter zu beschäftigen, welche hierorts ansässig und unterstützungsberechtig sind. Auch hat er jederzeit der Bauleitung auf Verlangen den Nachweis über Erfüllung dieser Verpflichtung zu liefern, andernfalls darzulegen, inwiefern etwa triftige Gründe (Mangel an brauchbaren hiesigen Arbeitskräften, übermäßige Forderungen derselben usw.) vorliegen, welche ihn an der Erfüllung obiger Verpflichtung ausnahmsweise verhindern.“

Artikel 1 (Allgemeine Vertragsbedingungen usw. § 15 Absatz 5) bestimmt:

„Der Unternehmer ist von der Übertragung der Arbeit an verpflichtet, sein zur Ausführung von Arbeiten in Altona bestimmtes Personal aus der Zahl der seit zwei Jahren in Altona ansässigen verheirateten Arbeiter zu ergänzen, solange sich solche zur Arbeit melden und soweit nicht eine besondere Fertigkeit in Frage kommt. Der Unternehmer hat die Arbeitenden bezw. sonstigen begünstigten Nachweise dem bauleitenden Beamten, auch Behörden zur Kontrolle vorzulegen.“

Der Herr Senatskommissar, dessen Ansicht über derartige Vorschriften erbeten wurde, hielt insbesondere die Hamburger Fassung im Wortlaut für bedenklich und erachtete nur eine Bestimmung für angängig, welche die Freiheit der Behörden nicht irgendwie nennenswert beschränke.

In Beachtung dieser Darlegungen wurde von den drei sachkundigen Mitgliedern der Kommissionsmehrheit eingewandt, daß schon durch eine Forderung, die den Hamburger oder Altonaer Bedingungen nachgebildet würde, die Verwirklichung bei den Vergabungen zu sehr beengt würden, da sie die Verpflichtung zur Durchführung und Kontrolle der Grundzüge nicht leicht übernehmen könnten; alle in Lübeck nicht ohne Schwierigkeit herzustellenden Arbeiten müßten überhaupt ganz ausgenommen werden von einem etwaigen Erlassen; die in der Nähe des Lübecker Staatsgebietes, wenn auch nicht mehr innerhalb seiner Grenzen wohnenden Arbeiter, die zum Teil ständig in Lübeck arbeiteten, müßten den hiesigen Arbeitern hinsichtlich der Annahme zu öffentlichen Arbeiten völlig gleichgestellt werden. — Dieser Ausführungen war entgegengehalten, daß es sich zunächst um eine Vertragsverpflichtung der Unternehmer gegen die Behörden und nicht um eine direkte Verpflichtung der Behörden selbst handele, die ihrerseits nur bei besonders

gegebenen Anlaß zu kontrollieren haben würden, ob Mißstände in dieser Richtung vorhanden seien; freilich erfordert die berechnete Beachtung hiesiger Verhältnisse, daß die nicht in den Grenzen des Lübecker Staatsgebietes wohnenden Arbeiter durch die hiesigen Unternehmer von Submissionsarbeiten zwar gewiß nicht ausgeschlossen, aber doch erst in zweiter Linie zur Arbeit eingestellt würden; schwäche man ein Ersuchen im Wortlaut aufzufahrt ab, so verliere es jeden praktischen Wert.

Bei der Schlußabstimmung wurde der Willkürliche Antrag vom 27. Mai 1907 mit allen vier andern Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt; gegen die Annahme eines Ersuchens in ähnlicher zu fassendem Wortlaut wie der erwähnte § 7 Abs. 2 der Hamburger allgemeinen Bedingungen entschied sich die Mehrheit von drei Mitgliedern der Kommission.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 18. April.

Achtung, Tapezierer! über die Firma Fr. Schramm, Mühlenstraße, ist die Sperre verhängt worden. Wir bitten das zu beachten.

Achtung Maurer! über sämtliche Bauarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Götner und Seidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zuzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzubehalten.

Achtung, Steinseher und Hilfsarbeiter! Zuzug ist fernzubehalten nach Lübeck, Lüthje, Daffow, Klüg und Neumann.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Schömann in Travemünde ist streng fernzubehalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Die Genossenschaftlichkeit und Festschalt ist an beiden Osterfeiertagen geschlossen.

Im Streit im Steinsehergewerbe. Als im Oktober vorigen Jahres die Lohnfrage angeregt wurde, beschloffen die Steinseher, Kammer und Hilfsarbeiter einstimmig, eine Lohnverhöhung zu beantragen; sie taten es darum, weil die Preise aller Lebensbedürfnisse so außerordentlich in die Höhe gegangen waren und ja auch jetzt noch fortgesetzt im Steigen begriffen sind. Es wird nicht Leute geben, die meinen — auch die Unternehmer sagen es — die Steinseher, Kammer und Hilfsarbeiter verdienen den höchsten Lohn hier in Lübeck. Oberflächlich und nach dem Stundenlohn gerechnet, mag das ja zutreffen, doch man muß die Sache richtig betrachten, und man wird dann zu anderem Bild gelangen. Gehen wir also der Sache auf den Grund. Das Steinsehergewerbe ist ein Gewerbe, welches den Witterungseinflüssen preisgegeben ist, wie kein anderes; regnet es, so sind die Leute gezwungen aufzuhalten, weil sie sonst leicht durchgenäßt werden und dadurch ihrer Gesundheit schaden; zum Schutz können sie sich nichts angehen oder umhängen, weil sie dadurch in ihrer Arbeit gehindert werden und sie dann nicht in der Lage sind, soviel zu beschaffen, daß es die Verdiebung des Unternehmers sind, denn letztere sollen ja einmal bei einer Unterhandlung gesagt haben, man immer rein; die Hauptsache ist, daß es schafft. Weiter müssen die im Steinsehergewerbe beschäftigten Arbeiter mit der Kälte, dem Frost rechnen; kommt der Winter nahe, dann geht der Frost ein, und sie sind gezwungen, bei 1 Grad Kälte die Arbeit einzustellen. Nun geht die Ruhe oder Ferienzeit für die Steinseher und Hilfsarbeiter. Diese Zeit ist oft sehr lang; es ist schon dagewesen, daß zehn bis fünfzehn Wochen geleiert werden mußten. Wenn man nun das Baugewerbe mit dem Steinsehergewerbe vergleichen wollte, — weil auch dieses unter der Kälte zu leiden hat — so verhält es sich damit denn doch ganz anders, aus dem einfachen Grunde, weil im Baugewerbe die Tätigkeit wieder aufgenommen wird, sobald gelinde Witterung eintritt; auch Innenarbeiten können verrichtet werden. Das Steinsehergewerbe aber muß solange warten, bis der Frost aus dem Erdboden verschwunden ist, und dieses dauert oft sehr lang. Wenn man nun alle diese in Betracht kommenden Verhältnisse berücksichtigt, so kommt für Steinseher nur eine Summe von 1200 bis 1300 Mk. als Lohn heraus, für Kammer etwa 1000 Mk. und für Hilfsarbeiter ein Lohn von 900 bis 1000 Mk. Sollten aber einige Arbeiter im Steinsehergewerbe höhere Einkünfte verdienen, so liegt es daran, daß die Frauen dieser Arbeiter gezwungen sind, mitzuarbeiten, weil sie sonst nicht in der Lage sind, von diesen oben angeführten Löhnen zu existieren. Wenn nun die Steinseher, Kammer und Hilfsarbeiter einen höheren Lohn fordern, so tun sie es darum, weil sie nicht wollen, daß die Frau aus dem Hause hinaus soll, um mit verdienst zu helfen, und weil sie das Gefühl haben, daß sie als Arbeiter soviel verdienen müssen, daß sie einigermaßen als Mensch leben können, und darnach ist dieser Lohn noch lange nicht angelegt; und auch der nicht, den sie jetzt fordern; ebenso gut, wie man den Beamten eine Zulage gewährt hat, kann man den Arbeitern nicht verweigern, wenn auch sie einen höheren Lohn beanspruchen, zumal sie in physischer Hinsicht doch mehr leisten müssen als die Beamten.

Sch. Wegen Nichtanerkennung der geforderten Minimallöhne sind folgende Gärtnerei-Firmen geipert: Carl Behrens, Moislinger Allee; Geir. Gerete, Klosterstraße 16; Joh. Goldschmidt, Moislinger Allee; Hubert Gottsch, Schwartauer Allee 18a; Georg Haaf, Friedrichsdorfer Allee; Carl Heidmann, Moislinger Allee; Carl Köhler, Moislinger Allee; Fr. Köhn, Friedrichsdorfer Allee; Ab. Lindberg, Rakeburger Allee; Aug. Luckmann, Moislinger Allee; C. Wlathe, Trappensstraße; Carl Rohrdanz, Moislinger Allee; Wilhelm Rüsch, Kahlhorststraße; C. Schunk, Kirchenstraße; Adolf Wollert, Raminenberg; F. C. Wollert, Webertoppel; Wilhelm Wollert, Grönforde Allee; Wiese, Finkestraße; Wittern, Prokesstraße und Stockelsdorf; Hoffmann, Moislinger Allee; Johann Kieß, Dorfstraße 21. Wir machen besonders die Moislinger Arbeiter auf die Firma Behrens aufmerksam, da dieselbe vorwiegend Moislinger Kinder und Frauen beschäftigt. Auch die Rakeburger und Stockelsdorfer Arbeitererschaft eruchen wir, besonders auf die Firma Wilt. Wittern, Bauanschulen, zu achten, da diese Firma ebenfalls gewöhnlich viele Kinder und Frauen beschäftigt. Weiter sei hervorgehoben, daß für vollwertige Arbeitskräfte in Gärtnereibetrieben, Baum- und Rosen-schulen der Minimallohn 85 Pf. pro Stunde beträgt, der Mindestlohn dagegen (für Jugendliche unter 17 Jahren und Invaliden) 83 Pf. pro Stunde. In der Landschaftsgärtnerei (Neuanlagen, Instandsetzung und Unterhaltung von Privatgärten und öffentlichen Gartenanlagen) beträgt der Mindestlohn 40 Pf.; solche Arbeiter, die noch nie in einem Gärtnereibetrieb beschäftigt waren, können mit 87 Pf. eingestellt werden, erhalten jedoch laut Abmachung mit dem maßgebenden Unternehmer dieser Branche vom 27. März 1908 nach Ablauf von 8 Wochen ebenfalls 40 Pf. pro Stunde. Wir ersuchen die Arbeitererschaft Lübecks, hierauf streng zu

achten und keinesfalls zu Löhnen unter diesen Sätzen in einem gärtnerischen Betrieb zu arbeiten.

Arbeitererlöb. Man schreibt uns: Auf dem Fabrik-Neubau der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ereignete sich am Donnerstag kurz vor Schluß der Arbeitszeit ein bedauerlicher Unfall. Dem Maurer H. Bensch, bei der Hamburger Firma Arthur Trede beschäftigt, fiel aus einer Höhe von zirka neun Meter ein drei Meter lauges Brett senkrecht ins Kreuz, sodaß der Bedauernswerte sich nur schwer fortbewegen konnte. Die Sanitätskolonne, welche mit dem Krankenwagen und Herrn Dr. Schnoor bald zur Stelle war, brachte den Verunglückten nach seiner Wohnung. Der Arzt stellte eine innere Verletzung der rechten Weiche fest. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß bei dem Maurermeister Wegner mit dem Deckenbau beschäftigten Maurer die nicht zu rechtfertigende Unvorsichtigkeit beging, die unter dem verhängnisvollen Brett — welches quer lag — liegenden übrigen Bretter herauszuziehen, sodaß dieses naturgemäß in die Tiefe stürzen und B., der unten mit Nachhaken beschäftigt war, treffen mußte. Dem Unternehmer Wegner resp. seinem Stellvertreter trifft insofern eine Schuld, als dort fast nur ganz junge, eben aus der Lehre gekommene Maurer und Lehrlinge, denen das Verständnis für derartige gefährliche Arbeit fehlt, beschäftigt werden. Es ist ja auch nichts Neues, daß die Unternehmer mit Vorliebe gerade diese jungen Leute einstellen; daß dadurch vielleicht Menschenleben gefährdet werden, kümmert sie nicht. Es sei noch bemerkt, daß der Gerüstbau nach Meinung von Augenzeugen vorschrittswidrig ist. Auf die vorhandenen über 7 Meter Spannweite liegenden eisernen Bänder sind 6 bis 7 Zollige Hölzer bis zu 1,50 Meter auseinander gelegt, ohne in der Mitte abgestützt zu sein, so daß dieselben sich mehr als 10 cm durchbiegen. Wie leicht kann es vorkommen, daß diese Hölzer beschädigt sind oder ein größerer Ast vorhanden ist; sie brechen durch und das Gerüst fällt in die Tiefe. Obwohl der leitende Architekt sowie die Bau Polizei die Absteifung anempfehlen, wird dasselbe doch nicht gemacht.

Einem Unterhaltungsabend veranstaltet der Turnhallenbauverein am morgigen 1. Oftertag im großen Saale des Vereinhauses. Turnerische Darstellungen werden mit Gesangsvorträgen, Konzert und Theater-Aufführungen abwechseln, jedoch zweifellos ein genußreicher Abend bevorsteht. In Anbetracht des guten Zweckes des Turnhallenbauvereins ist zu wünschen, daß die Veranstaltung sich eines starken Besuches seitens der Lübecker Arbeitererschaft zu erfreuen hat.

„Jugend“, Liebesdrama in 3 Akten von Max Halbe, wird, wie bereits mitgeteilt, am kommenden Dienstag abend durch Vermittlung der Arbeiter-Bildungsschule im Vereinhause zur Aufführung gelangen. Was Halbe uns in seinem Drama zeigt, sind nicht sein ausgeklügelte Szenen und an den Trüben des Dichters gezogene Marionetten, sondern von warmem Leben durchpulste Menschenkinder in einem Auschnitt aus der Wirklichkeit. In der „Jugend“ ist alles natürlich und echt, das tauschliche Nimmchen, der biedere Biarrer Hoppe, der fanatische Kaplan Schigoraki, der jugendlich-feurige Hans und nicht minder der idyllische Amandus. Alle diese Rollen sind mit ersten Künstlern besetzt, so daß eine abgerundete Vorstellung zu erwarten ist. Für den billigen Preis von 30 Pf., dürfte hier ein derartiger Kunstgenuss, wie er am Dienstag abend in Aussicht steht, noch nicht geboten worden sein. Die Billets sind schon jetzt an den bekannten Stellen zu haben. — Am Freitag, den 24. April, gelangt das Drama „Jugend“ in gleicher Besetzung in Schwarta auf Veranlassung der dortigen Arbeiterbildungsschule im „Hotel Kronprinz“ zur Aufführung.

Waldschule Lübeck-Wesloe. Die Karfreitags-Wanderer, die der Waldschule einen Besuch abstatteten, werden bemerkt haben, daß die Arbeiten einen guten Fortgang genommen haben. Die für die Waldschule bestimmte Liegehalle ist beinahe fertig gestellt. Auch die von der Waldschule und der Kindererholungsstätte vom Roten Kreuz gemeinsam zu benutzende Wirtschaftsbarracke ist neben dem Hof und Brunnen aufgebaut. Weiter sind schon die Abortanlagen und Waschküchen errichtet. Soviel Arbeit auch schon geleistet, so müssen in den kommenden Wochen noch viele fleißige Hände sich zu rüstigen Schaffern regen, denn für den 4. Mai ist bereits die Eröffnung der Waldschule festgesetzt. Allen Oster-Wanderern sei darum ein Besuch der Waldschulanlagen empfohlen. Auch jetzt noch nehmen die Anmeldestellen (Lehrer Karl Groth, große Burgstraße 32, 1. Stg., Fr. Gustaf, Weberstraße 16, Hauptlehrer Hensch, Schwartauer Allee 69, Fr. M. Köning, Friedrichsdorfer Allee 18, Lehrer Satow, Seidlichstraße 29, Fr. Wulst, Moislinger Allee 32) Anmeldungen entgegen. Die Herren Dres. Pauli und Meyer haben die ärztliche Untersuchung der Meldenden unentgeltlich übernommen, so daß den Eltern keinerlei Kosten erwachsen. Um etwa noch bestehende Unklarheiten über das Leben in der Waldschule zu beseitigen, sei auf folgendes kurz hingewiesen: Die Kinder, sofern sie nicht in der Vorstadt St. Gertrud wohnen, fahren morgens in Begleitung der Lehrpersonen per Bahn nach Wesloe. Hier erhalten sie Unterricht und Verpflegung für den ganzen Tag. Selbstverständlich wird auch dem Spiel und der Arbeit in den Schulgärten entsprechende Zeit gewidmet. Am Abend erfolgt dann die Rückfahrt nach Lübeck. Bisher sind weit über 50 Anmeldungen erfolgt. Leider haben aber die Sammlungen, so dankenswert die bisherigen Spenden auch sind, die erwünschte Summe von 5000 Mk. noch nicht erbracht. Darum sei erneut um weitere Gaben gebeten. Auch die Ges. zur Bef. gem. Lät. hat für das Jahr 1908 300 Mk. beige-steuert, während der Unterhaltungsabend des Lehrereinnerevereins 220 Mk. für die Waldschule erbrachte. Vom St. Gertrudverein sind 50 Mk. in dankenswerter Weise gestiftet. Erneut sei auch auf den am 3. Mai im Hansatheater stattfindenden Volksunterhaltungsabend hingewiesen. Möchte diese Veranstaltung einen guten Gewinn erbringen zum Besten der fränklichen und schwächlichen Waldschüler. Sehr erwünscht sind auch Geschenke an Turn- und Spielgeräten, sowie gute Jugendliteratur zur Ergänzung der Waldschulbibliothek.

Ein unehrlicher Landbriefträger. Festgenommen wurde ein Landbriefträger der Poststation Waldhufen, der sich mehrfacher Unterschlagungen im Amte und der Urkundenfälschung schuldig machte.

Kein Hüßung. Ein hiesiger Arbeiter, der der ihm gemachten Auflage, sich Wohnung und Arbeit zu verschaffen, nicht nachgekommen ist, wurde festgenommen.

Gestohlene Gold- und Silberfachen. Einem Dienstmädchen wurden aus seinem Koffer drei silberne Teesöffel und ein schlichter goldener Ring gestohlen. Löffel und Ring sind mit den Buchstaben M. H. gezeichnet.

Verwandener Handwagen. In der Mengstraße ist seit einigen Tagen ein kleiner graugetrichener zweirädriger Handwagen abhanden gekommen und vermutlich von einem Unbekannten benutzt und an einer anderen Stelle hingestellt worden.

Wäschebetrug. In der Nacht vom 15./16. sind auf der Wäner Biegelei 3 fast neue leinene Damenhemden, 3 Damenbeinkleider, 1 Bettlaken und 1 Herren-Hanellhemd gestohlen. Hemden und Hosen sind „A. R.“ gezeichnet.

Fahrraddiebstahl. Am 17. ds. Mts., vormittags gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, wurde in der Dretelstraße ein vor einer Kon-

ditorei auf kurze Zeit ohne Aufsicht gestelltes Fahrrad gestohlen. Das Rad hat rote Felgen, schwarzes Gestell, nach unten gebogene Lenkstange und trägt die vom Volksgenossenschaftlichen Erkennungsnummer 2432. Vorne an der Gabel befindet sich ein gelbes Schild mit der Firma Gebrauder Röhre. — Am Freitag, den 17. ds. Mts., abends zwischen 7 und 9 Uhr wurde einem Techniker aus Gutin in „Süßler Baum“ ein Fahrrad gestohlen. Das Rad trägt auf einem Sattel mit rotem Untergrund die Bezeichnung: „Friedrich Wächter, Gutin“; es ist schwarz gestrichen, hat ebensolche Felgen, nach oben gebogene Lenkstange mit grüngefleckten Celluloidgriffen mit weißer Einfassung, Glocke mit der Aufschrift „Friedrich Wächter, Gutin“ und am Hinterrad einen Kasten, Marke „Continental-Centrum“. Mit Schutzblechen war das Rad nicht versehen.

Handelsregister. 1. Am 13. April 1908 ist bei der Firma Lübecker Bierdruckapparate- und Maschinen-Fabrik Heine Dräger in Lübeck eingetragen: Der Geschäftsbetrieb nebst allen Aktiven und Passiven sowie den Patents, Marken- und Markenrechten ist auf die offene Handelsgesellschaft in Firma Drägerwerk Heine und Bernh. Dräger in Lübeck übergegangen. Die Firma ist erloschen. 2. Am 14. April 1908 ist bei der Firma Lübecker Hafensfähre, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Lübeck, eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschaft vom 31. März 1908 ist dem Gesellschaftsvertrage neu hinzugefügt, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft nur durch die „Lübeckischen Anzeigen“ zu Lübeck zu erfolgen haben. Am 16. April 1908 ist eingetragen: 1. die Firma Pauline Karstadt Carl Karstadt Wwe. zu Lübeck. Inhaberin: Witwe P. M. E. Karstadt geborene Wiedemann in Lübeck; 2. bei der Aktiengesellschaft in Firma Lübeck-Rüchigsberger Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Lübeck: Senator F. H. Vertling in Lübeck ist aus dem Vorstände ausgeschieden und an seine Stelle der Konsul und Kaufmann J. F. H. Vertling in Lübeck zum Vorstandsmitglied bestellt.

Schwanke Gesundheit. Die Sterblichkeit ist in der März-Aprilwoche noch eine Kleinigkeit weiter gestiegen, sonst aber meist zurückgegangen. In der Woche vom 29. März bis zum 4. April starben auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 60 000 Einwohnern in: Aachen 21,8, Altona 18,2, Augsburg 21,8, Barmen 16,2, Berlin 15,6, Biebrich 18,5, Bielefeld 12,3, Bochum 18,8, Bonn 19,0, Borken 26,8, Braunschweig 17,4, Bremen 18,5, Breslau 20,1, Charlottenburg 10,6, Chemnitz 18,0, Danzig 17,3, Darmstadt 20,5, Dessau —, Dortmund 19,3, Dresden 14,6, Deutsch-Wilmersdorf 18,1, Duisburg 14,2, Düsseldorf 15,3, Elberfeld 18,4, Elbing —, Erfurt 15,8, Effen 13,1, Flensburg —, Frankfurt a. M. 16,0, Frankfurt a. O. 17,4, Freiburg i. B. 22,9, Götting 19,6, Gelsenkirchen 21,3, M. Gladbach 20,9, Gleimig 19,7, Götting 12,3, Gera —, Hagen 10,9, Halle a. S. 20,0, Hamburg 21,9, Hamburg 15,9, Hannover 18,4, Harburg —, Heidelberg —, Karlsruhe 18,6, Kassel 19,6, Kattowitzer —, Kiel 16,1, Koblenz —, Köln 18,5, Königsberg i. P. 19,9, Königs-Lütte 18,5, Krefeld 22,1, Leipzig 14,0, Lichtenberg —, Ligny 25,9, Lünen 19,4, Lübeck 17,8, Ludwigshafen 25,4, Magdeburg 21,5, Mainz 17,9, Mannheim 14,5, Metz 31,1, Mülhausen i. E. 20,8, Mülheim a. d. R. 16,1, München 18,0, Münster 17,8, Nürnberg 23,5, Oberhausen —, Offenbach 12,5, Osnabrück 5,7, Pforzheim 24,2, Plauen i. B. 15,7, Rostock 22,6, Potsdam 20,5, Rendsburg 16,9, Rixdorf 16,0, Rostock 18,7, Schöneberg 12,4, Solingen —, Spandau 15,7, Stettin 19,1, Straßburg i. E. 19,2, Stuttgart 18,3, Ulm —, Wiesbaden 17,6, Worms —, Würzburg 18,3, Zabrze 13,3, Zwickau 22,1.

Stadthalle. Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Wie nicht anders zu erwarten, zeigt sich für die an den beiden Oftertagen stattfindenden Gesamt-Gastspiele Rosa Poppe und Ensemble Berliner Bühnen-Künstler eine überaus rege Beteiligung, so daß es geraten ist, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen. Diese Gesamt-Gastspiele erfreuen sich aber auch überall der größten Beliebtheit bei Presse und Publikum, denn sie bringen uns die Koryphäen deutscher Schauspielkunst innerhalb eines eingepackten Ensembles und innerhalb einer einheitlich und stilgerechten Aufführung. Gerade diese Vorzüge erklären den großen Erfolg der Gesamt-Gastspiele. An beiden Tagen ist die Theaterkasse von 11—1 Uhr und von 4—6 Uhr geöffnet.

Im Hansa-Theater wird am heutigen Sonnabend abend erstmalig die Operette „Die Liebesfestung“ von Jepple in Szene gehen. Das melodische Werk, das geradezu feenhaft ausgestattet ist, wird auch an den beiden Ofterfesttagen zur Aufführung gelangen. Am ersten Oftertag gibt es nachmittags „Matris Hochzeit“, am nachmittags des zweiten Feiertages „Berliner Nachleben“. Sicherlich wird das Hansa-Theater stets voll besetzt sein.

Stockelsdorf. Eine Volksversammlung findet am 1. Oftertag 9 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags in Gniffau im Hause des Herrn Heide (Langenschlag) statt. Genosse Stellung-Lübeck spricht über „Die politische Lage“. Diejenigen Genossen, die gewillt sind, an dieser Tour teilzunehmen, werden ersucht, sich präzis 1 Uhr bei Herrn Baetau in Fackenburg einzufinden.

Schönberg. Aus grauer Vorzeit. Das Fürstentum Rakeburg (dazu gehört nicht die Stadt Rakeburg) ist eine Enklave von Mecklenburg-Strelitz. Wie überhaupt in Mecklenburg, herrschen auch im Fürstentum Rakeburg noch allerhand mittelalterliche Zustände. So kennt man dort u. a. auch den Zehnten oder Zehntling. Das ist so zu verstehen: Wer sich in Stadt und Land ein Haus oder einen Acker kauft, ist gehalten, für die Bestätigung des Vertrages an die Regierung 16 $\frac{1}{2}$ Prozent von der Kaufsumme zu zahlen. Das macht schon bei festgelegten 16 000 Mk. eine Abgabe aus von 2660 Mk. Die Regierung denkt nicht daran, das Volk von dieser drückenden Abgabe zu entlasten, und sie sieht von ihrem Standpunkte aus um so vergnüglicher drein, je öfter Besitztümer in andere Hände übergehen. Auch in der Stadt Schönberg ist ein langer Zopf vorhanden, vor grauen Jahren angehängt vom Kirchenregiment. Kauft sich da jemand ein Haus, so hat er die Ehre jeden zweiten Sonntag, und zwar zwei Jahre hindurch, mit dem Klingbeutel (!) in der Kirche zu hantieren. Dessen haben sich nun zwei Petreer geweiht und gegen sich einen Prozeß anstrengen lassen. Sie wollen darauf, daß die Kirchenbehörde sich auf keine Dokumente berufen könne; auf den Ausgang dieses Prozesses ist man allgemein gespannt.

Bremen. Vom Eisenbahnzuge überfahren wurde am Dienstag nachmittags der Schlosser Stod. Er saß unter dem Badwagen, um eine kleine Reparatur vorzunehmen. Plötzlich wurde der Zug von einem Rangierzug angefahren und geriet in Bewegung. Die Räder gingen dem Bedauernswerten über den Leib, was den sofortigen Tod des im 28. Lebensjahre stehenden Verunglückten zur Folge hatte. Er hinterläßt eine kranke Frau und mehrere Kinder.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Ludwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schwanitz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sammling in Lübeck.

Voranzeige.

Durch Zufallskauf

haben wir einen Riesen-Posten

Moderne Wollstoffe, Seidenstoffe

und Elsässer Druckstoffe

überaus billig übernommen. Dieselben gelangen unmittelbar nach dem Fest zur Auslage.

Beginn des Verkaufs Dienstag, den 21. April.

Es wird in diesen Artikeln eine **seltene Kaufgelegenheit geboten** !

HOLSTERNHAUS G.M.B.H. LÜBECK

Lesen Sie die Sozialfattie:
„St. Petri Studienreise auf der Erde“.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen. sonst direkt vom
Modernen Verlagsbureau
Curt Wigand, Leipzig,
Preis 3,- Mf.
Der Verfasser ist ein Lübecker.

Woll-Bössel
Hützstraße 37. Hützstraße 37.
Laden rechts:
Herren- und Knaben-Garderoben,
Konfirmanden - Anzüge,
Arbeits-hosen, Hüte, Schtipse, Schirme,
Wäsche usw., alles in guter Ware zu
äußerst billigen Preisen.
Laden links:
Wolle u. Wollwaren-Spezial-Geschäft.

Heinr. Körner
Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung • Gr. Burgstr. 15 • Fernspr. 1685
empfiehlt
erstklassige Fahrradmarken (Lubeca u. Viktoria)
in allen Preislagen von **70.00** Mk. an.
Ferner empfehle meine aufs beste eingerichtete
Reparaturwerkstatt
für alle vorkommenden Reparaturen zu billigen Preisen.



Ersatzteile und Reparatur
billig.

Schwartauer Allee 99.

Stimmen muß man über die Leistungsfähigkeit u. spielend
leichten Lauf meiner erstklassigen Fahrräder-Marken:

**Herkules, Stöwers Greif,
Mars, Excelsior u.s.w.
O. Dortmund.**

Werkzeuge

unter Garantie für
Maurer, Zimmerer,
Eisler, Schlosser,
Drechsler etc.
Liefert
J. F. B. Grube,
Am Markt.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Geben rote Lubeca-Marken.

Streichfert. Delfarben
genau nach Muster,
Fußbodenöle, Lacke, Öle, Firnisse,
Tapeten
billigste Preise.

Hansa - Drogerie
Hans Fock Nachf.,
vis-à-vis dem neuen Hauptbahnhof,
Ecke Fackelburger u. Schwartauer Allee.

Die Arbeiter-Garderoben
aus der Spezial-Abteilung von
Gebrüder **Barg**

5 Kohlmarkt 5
sind als sehr gut und billig bekannt.
Lederhosen, Cordhosen, Maurenhosen,
Zimmerm.-Hosen, Zimmerm.-Westen,
Leder-Joppen, Cord-Joppen, blau
Stoff-Joppen, leinen Jacken, Rajen
usw. usw. Rabattmarken oder 4 pSt.

Grosser Schuhwaren-Ausverkauf

zur Regulierung des Nachlasses

von **Hugo Haendler**

Lübeck, Breitestraße 95

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen von

15-50%

Die bedeutenden Warenbestände im Werte von

über **200000 Mk.**

sollen in kürzester Zeit abgestoßen werden.

Notwendige Komplettierungen durch frische moderne Waren werden vorbehalten.

Der Nachlasspfleger.

Eine neue liberale Partei

Sollte nach Angabe Berliner Blätter wirklich gegründet werden. Es handelt sich um das kleine Häuflein derer am Barth, die diesen Schritt unternehmen wollten und ihren Plan bereits fertig in der Tasche hatten. Die „Freis. Ztg.“ weiß dagegen zu berichten, daß das nicht wahr sei, Barth und seine Freunde wollten diesen Schritt keineswegs wagen. Sicherlich ist der Plan ernsthaft und eingehend erörtert worden, allein es mag schon sein, daß man davon abgekommen ist. Eine klare Einsicht in die Verhältnisse zeigt das Flasko im voraus. Würde die kleine Gruppe die Kraftprobe wagen, sich als besondere Partei zu konstituieren, die mit dem herrschenden Blockfreistum wie Macht zur Macht reden wollte, so würde sie sich damit auf ein Gebiet begeben, auf dem ihre Niederlage sicher ist. Hier würden ihnen die Mächte der Trägheit, der Interessenlosigkeit und der kleinbürgerlichen Sentimentalität als unüberwindliche Widerstände entgegenreten. Man darf sich doch darüber nicht täuschen, daß die freisinnigen Parteien heute nur aus einem engen Kreise politisch wenig interessierter Spielbürger bestehen, der einen weiteren Kreis politisch noch weniger interessierter Spielbürger hinter sich herzieht.

Sind aber die Massen, deren es zur Bildung der neuen Partei bedarf, in den freisinnigen Organisationen nicht vorhanden, so sind sie ebensowenig außerhalb der bestehenden Parteiorganisationen zu finden. Auch die redlichste Absicht über die Tatsache hinweg, daß den erhabenen Ideen keine parteibildende Kraft innewohnt, sofern sie nicht der Ausdruck bestehender Klasseninteressen sind. Das Proletariat aber ist die einzige Klasse der Gegenwart, deren Interesse mit den erhabenen Ideen der Menschheit zusammenfällt.

Dazu kommt, daß den Anti-Blockliberalen außer den Massen noch etwas fehlt, was zur Gründung einer Partei notwendig ist: die Einheitlichkeit in den Anschauungen bei den Gründern. Aber selbst bei den paar Männern um Barth herum ist von einer solchen Einheitlichkeit keine Rede; im Gegenteil kann man sagen: soviel Köpfe, soviel Auffassungen über die Grundanschauungen dessen, was man erstreben will.

Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt sein, daß zur Zeit auch von Leipzig eine im Selbstverlage des Verfassers ersiehene Broschüre angeboten wird, die zur Gründung einer „nationalen Sozialistenpartei“ auffordert. Das tollste Zeug ist in dieser Broschüre zusammen geschrieben. Die Sozialdemokratie wird als eine Spielbürgerpartei hingestellt, die in der Sache viel radikaler werden müsse. Zugleich aber wird gesagt, daß sie die Monarchie anerkennen müsse, denn ohne den Kaiser an der Spitze zu haben, werde sie das Ziel nicht erreichen. Dieser aber werde sich an die Spitze der nationalen Sozialistenpartei stellen, wenn letztere ihn nur anerkenne und durch ihn siegen wolle. Diese paar Worte mögen genügen zur Kennzeichnung des Wirkkopfes, der diese Broschüre herausgegeben. Wir sehen schon, wie die Massen ihm zuströmen und die Broschüre mit dem schwarz-weiß-roten Umschlag kaufen.

Lehrerklagen.

In Berlin tagt augenblicklich die Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins, dessen Mitgliederzahl jetzt 66 000 beträgt, und man kann sich denken, daß die Besoldungsfragen im Vordergrund der Beratungspunkte standen. Aber dieses Thema referierte der Lehrer Otto Charlottenburg, der folgendes ausführte:

Unsere Stellung zur Besoldungsfrage muß eine negative und positive sein. Die preussische Lehrerschaft hat gegenüber der Art, wie man unsere Besoldung behandelt, nur ein Gefühl des Bedauerns und der bittersten Enttäuschung. (Stavol) Sowie ich weiß, ist es noch nicht vorgekommen, daß ein in der Thronrede gegebenes Versprechen nicht eingelöst worden ist. Ein Zusammenhang zwischen Lehrerbefoldung und Reichsfinanzreform ist nur mit Spitzfindigkeiten herzustellen. Es muß offen ausgesprochen werden, daß das Vertrauen zur Regierung stark erschüttert ist. Unerlässlich halten wir an den Forderungen des 4. preussischen Lehrertages fest, der Gleichstellung mit den Sekretären der Verwaltung verlangt. Wenden müssen wir uns gegen die Form der Feuerungszulagen, die den Lehrern gewährt werden sollen. Wer heute 1340 Mk. Grundgehalt hat, erhält 10 Mk. auf einem Brett. (Heiterkeit.) Dafür fehlen mir die parlamentarischen Ausdrücke. Wir erwarten: Preußen in Deutschland voran! (Beifall)

Welch unverbesserlicher Optimismus! In demselben Zeitpunkt, wo Herr Otto betont, daß das Vertrauen zur Regierung erschüttert ist und er darlegt, daß die Lehrer den Hungergürtel noch enger anziehen müssen, erwartet er unter lebhaftem Beifall der Hörer, daß Preußen doch noch in Deutschland vorangehen werde! Schließlich nahm man diese Resolution an:

Die Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die königliche Staatsregierung die in der Thronrede versprochene Besoldungsvorlage für Volksschullehrer dem Landtage nicht vorgelegt hat. Sie erwartet, daß die betreffende Vorlage dem neuen Landtage sofort nach seinem Zusammentritt zugeht. Bezüglich der Gehaltsfrage beharrt der Preussische Lehrerverein auf den Forderungen des 4. preussischen Lehrertages: Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung.

Der Preussische Lehrerverein gibt auch dem Gefühl bitterster Enttäuschung über die Einkommensausdrücke, welche die Arbeit der

Volksschullehrer durch die Regelung der Feuerungszulagen erfahren hat.

Wenn die Lehrer niedriger eingeschätzt werden als Streckenarbeiter und Gerichtsdiener, so tragen sie selber ein gut Teil Schuld daran. Welch man ja doch, daß sie sich am letzten Ende doch als gut nationales Stimmvieh zur Wahlurne treiben lassen.

Das Volkseind der Ruthenen.

Anlässlich des Attentats auf den Statthalter von Galizien, das der ruthenische Student Sieczynski verübt hat, um sein unterdrücktes Volk an der polnischen Schlachta zu rächen, schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“ über die Lage der Ruthenen:

Bei der letzten Volkszählung wurden in Österreich 3 381 570 Personen mit ruthenischer Umgangssprache gezählt. Zu der ruthenischen Nation gehören fast ebenso viele österreichische Staatsbürger wie zu dem polnischen, dreimal so viel wie zu dem slowenischen, fünfmal so viel wie zu dem italienischen Volke. Und dennoch hat keine Nation im Staate und in ihrem Heimatland weniger Macht, keine lebt unter so hartem sozialen und nationalen Drucke, keines Volkes Bedürfnisse sind unserer Öffentlichkeit so völlig unbekannt wie die der Ruthenen. Lange genug hat es gedauert, ehe die österreichischen Staatsmänner auch nur von dem Dasein dieses Volkes erfahren haben; wurde doch noch im Kremser Reichstag im Jahre 1849 eine ernsthafte Debatte darüber geführt, ob es in Österreich überhaupt eine ruthenische Nation gebe! Und auch heute noch haben die Ruthenen im Reichsrat und im Landtage eine Vertretung, die in kräftigem Mißverhältnis zu ihrer Volkszahl steht; auch heute noch leiden sie Unästliches unter dem Drucke polnischer Schlachtzigen, denen die staatlichen Beamten gehorsam Schergenendienste leisten; auch heute noch verweigert man ihnen die Erfüllung ihrer dringendsten kulturellen Bedürfnisse; auch heute noch fälscht die Bureaukratie im Dienste der Schlachta in Ostgalizien den Volkswillen bei jeder Wahl; auch heute noch trägt sie den Zwiespalt in die schmale Schicht der Gebildeten der Nation, indem sie die vom Zarismus schon erinomnen Vertreibungen unterstützt, die das ukrainische Volk seiner nationalen Selbständigkeit berauben, die die Sprache von mehr als drei Millionen Menschen zum bloßen Dialekt herabwürdigen wollen. Auch heute noch erfährt die österreichische Öffentlichkeit von den Leiden des geknechteten Volkes nur, wenn die Verzweiflungsrevolte eines Agrarstreiks, die Greuel der galizischen Wahlen oder gar, wie in den letzten Tagen, die nutzlose Bluttat eines verblendeten jungen Menschen die Augen Westösterreichs auf sich lenkt.

Wenn in Deutschböhmen einem Advokaten eine literarische Eingabe zurückgewiesen wird, dann droht der nationale Kampf die ganze Maschine der Gesetzgebung stillzuliegen. Im Osten aber leidet noch ein ganzes Volk unter geschäftiger Fremdherrschaft, ohne daß die österreichischen Staatsmänner sich um seine Leiden bekümmern. Wie ist dies möglich? Wie kann es geschehen, daß gerade dieser Nation versagt bleibt, was alle anderen, was selbst kleinere Völker sich zu erkämpfen mußten?

Die soziale Gliederung der ruthenischen Nation zeigt uns des Rätsels Lösung. 93 Proz. des ruthenischen Volkes suchen noch in der Landwirtschaft ihre Nahrung; die Ruthenen sind immer noch eine reine Bauernnation. Und diese Bauern sind nicht etwa den behäbigen Landwirten Niederösterreichs oder der Sudetenländer vergleichbar. Sie bebauen den Boden, wie ihn der deutsche Bauer vor vier Jahrhunderten bebaut hat, wie ihn heute noch der Bauer Rußlands bebaut. Die Bevölkerung vermehrt sich sehr schnell; das Bauerntum kann sie bei der primitiven landwirtschaftlichen Taktik nicht ernähren. Die Ausdehnung des Bauerntums aber ist nicht möglich; denn unermessliche Ländereien gehören den polnischen Großgrundbesitzern. So drängt sich die wachsende Bevölkerung in den elenden Hütten zusammen; die kleinen Felder geben ihr nicht mehr genug Brot. Der Hunger herrscht in Ostgalizien. Was der Boden bringt, verzehrt der Bauer mit den Seinen; er kann kein Getreide, kein Vieh verkaufen, sein Feld bringt ihm keinen Kreuzer Selbes. Aber er muß Steuern bezahlen, Salz kaufen; so geht er auf die Felder des Großgrundbesitzers, sich dort ein paar Heller zu verdienen. Mit elendem Hungerlohn bezahlt ihn der polnische Schlachtzig. Die Robot besteht in kaum verhüllter Gestalt dort noch zu Recht. Wagt es der Bauer aber, höheren Lohn zu fordern, dann wenden sich die Beamten und Richter gegen ihn, die Klassen- und Volksgenossen des polnischen Edelmannes, die mit den Herren tafeln und auf die Jagd gehen und von den Wünschen und Leiden des hungernden, schmutzigen, unwissenden Bauern nichts wissen.

Der soziale und nationale Gegensatz zwischen dem ruthenischen Bauern und dem polnischen Edelmann wird in vielen Bezirken Galiziens noch gesteigert durch einen Kampf, der sich in West- und Mitteleuropa schon vor vielen Jahrhundertengetragen und auch hier zu schweren sozialen Erschütterungen geführt hat. Denn in Ostgalizien tobt auch heute noch der Kampf um Wald und Weide. Die Herren erklären Wald und Weide für ihr eigen, die seit Menschengedenken der Bauer nutzen durfte. Unser bürgerliches Recht versagt gegenüber diesem Streit, der aus der Auflösung uralter Gemeinschaftsverhältnisse hervorgeht; Behörden und Gerichte sehen teilnahmslos zu, wie die Selbstsucht der Herren die Viehzucht der Bauern vernichtet. Derselbe Kampf, der im Jahre 1525 die deutschen Bauern zum Aufstand getrieben, tobt heute noch in Ostgalizien; vor wenigen Jahren erst mußte den Bauern von Monasterzeo das Verständnis für die Gesetze des bürgerlichen Eigentums mit Mannlichergewehren beigebracht werden.

Erwägt man noch, daß das von dem Schlachtzigenlandtag beschlossene Jagdgesetz die Ernte des Bauern zur Beute des herrschaftlichen Wildes macht, daß der süßliche Buhcher dem Bauern nimmt, was ihm der polnische Schlachtzig noch gelassen, dann wird man es wohl begreiflich finden, daß selbst diese unwissenden und willensschwachen Menschen sich gegen das Übermaß der Ausbeutung und Unterdrückung empören. Wenn sie aber ihren Forderungen in gesetzlicher Weise Ausdruck verleihen wollen, dann eilt die Beamtschaft den Grundherren zu Hilfe; immer noch sehen die k. k. Bezirkshauptleute es für ihre Aufgabe an, dafür zu sorgen, daß in den Wahlbezirken der ruthenischen Bauern polnische Großgrundbesitzer gewählt werden!

Die Ausbeutung der Bauern wird hier zur Knechtschaft eines ganzen Volkes, die Rechtlosigkeit einer Klasse zur Ohnmacht einer ganzen Nation. Nationale und soziale Unterdrückung fallen hier zusammen. Und die Wiener Staatsmänner haben seit vier Jahrzehnten diese ganze Nation der polnischen Schlachta wehrlos ausgeliefert, um sich die Stimmen des Polenklubs im Reichsrat zu erkaufen! Aber die Entwicklung, die auch an der Grenz-Galiziens nicht Halt macht, hat den „Pakt“ durchbrochen. Auch der galizische Bauer erträgt die Fremdherrschaft nicht mehr, auch die Ruthenen haben sich zum Kampfe für ihr Recht erhoben. Im Zeitalter des gleichen Stimmrechts ist auch der Bauer nicht mehr machtlos; in einer Epoche, die alle Völker auf die Bühne der Geschichte führt, kann auch der ruthenischen Nation das gleiche Recht nicht länger verweigert werden.

Aus der revolutionären Stimmung, die heute das geknechtete Bauernvolk Ostgaliziens erfüllt, ward die Verzweiflungstat des Hainersohnes geboren, der kürzlich den galizischen Statthalter erschossen hat. Dieser Zusammenhang läßt uns die Wahnsinnstat begreifen, aber nicht entschuldigen. Schlimmeren Schaden hätte der gehässigte Feind dem ruthenischen Volke nicht zufügen können, als der Wahnsinnige, der an einem einzelnen die Leiden eines ganzen Volkes rächen wollte. Schon sind ja die Soldatentreiber der Schlachta am Werke, die blutige Tat für sich auszunutzen, die ganze Nation für das Verbrechen eines unreifen Jünglings verantwortlich zu machen. Und nur allzu leicht könnte es gelingen, dem Spielbürger das geknechtete Bauernvolk als ein Volk von Mördern erscheinen zu lassen, das die Teilnahme und Unterstützung der glücklicheren Nationen nicht verdiene. Die Gefahr ist nicht gering: von Abrahamowicz bis Szegmann reicht ja der Volksfeinde Ring, und den Christlich-sozialen und Deutschbürgerlichen, die mit Gleichmut immer wieder die Kunde von dem in Galizien so alltäglichen Bauernmord vernehmen, wird die Ermordung des Statthalters eine nur allzu bequeme Ausrede sein. Ihr Bündnis mit der Schlachta zu verteidigen. Der Wahnsinnige, der mit seinem Verbrechen seinem Volke zu dienen gemeint, hat nur einen genügt, die den schweren Druck verschuldet haben.

Aber auch seine Tat wird den Aufstieg seines Volkes nicht hindern. Mag das Bürgertum Westösterreichs über die Bluttat des einzelnen die zahllosen Verbrechen verzeihen, die die galizische Herrenklasse im Bunde mit bürokratischer Willkürherrschaft an einem ganzen Volke begangen hat, die ruthenischen Bauernmassen werden darum doch das Joch zerbrechen, das ein Rest aus des Feudalstaates Zeiten, immer noch in unser Zeitalter der Demokratie hineinragt, und die Arbeiterklasse aller Nationen hegt wie für alle Geknechteten und Ausgebeuteten auch hier das unglückliche Bauernvolk des Ostens die tiefste Teilnahme. Das Verbrechen des einzelnen wird im Gerichtssaal seine Sühne finden; über das unendlich furchtbarere Verbrechen, dessen Opfer ein ganzes Volk ist, wird ein höheres Gericht sein Urteil sprechen: die Geschichte, deren Urteilspruch die arbeitenden Volksmassen aller Nationen vollstrecken werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein geliebter Brief. Wie schon gemeldet, verurteilte das Schwurgericht in Hagen i. W. den 41jährigen ledigen Waldarbeiter Franz Pesse aus Lenhausen, der schon wegen der verhängenen Verbrechen schwere Verurteilungen erlitten, wegen Mordes zum Tode. Pesse hat am 23. November v. J. die 15jährige Tochter der in einem Milchhause neben dem Hauptbahnhof zu Hagen beschäftigten Witwe Hartmann mißbraucht und ermordet. Pesse hatte sich immer den Anstrich eines recht frommen, christlichen Mannes gegeben, jetzt leugnete er die Tat und simulierte Geistesgestörtheit. Mit Bohnerwachs aus seiner Zelle suchte er sich den Zeugen gegenüber unkenntlich zu machen, bis ihn der Arzt mit Zerpentin, Salmiak und anderen Chemikalien im Gesicht wieder reinwusch. In einem anderen Tage der Verhandlung, die sechs Tage dauerte, erschien er mit dem Zeichen des Kreuzes auf der Stirn, das er sich mit Bleistift tief in die Haut eingrub. Der Richter und die übrigen Sachverständigen erklärten den Mörder als geistig gesund und vollwertig. Nur 12 Minuten dauerte die Beratung der Geschworenen, die beide Schuldfragen bejahten, worauf der Angeklagte wegen Mordes zum Tode verurteilt wurde. Wie treffend die Gutachter den Pesse charakterisiert haben, erhellt namentlich auch aus einer längeren Ansprache, die Pesse an die Geschworenen richtete und in der er u. a. ausführte: „Es ist unumstößliche Wahrheit, daß ich die Tat nicht begangen habe. Es liegt eine Verwechslung meiner Person vor. Die Gefahr ist groß, einen Unschuldigen zu verurteilen. Als ich am 7. Dezember eingeliefert wurde, da war schon ganz Hagen von meiner Schuld überzeugt. Man rechnet mit Wahrscheinlichkeiten und stützt sich in der Hauptsache auf meine Vergangenen. Wäre ich unbescholten, so würde man mir Gläubigen schenken, so werde ich jetzt für meine Vergangenen, die ich bereits begibt habe, noch einmal bestraft! Meine Herren Geschworenen! Der wichtigste Tag Ihres Lebens ist heute. Wer einen Unschuldigen zum Tode verurteilt, der ist ein Mörder. Es ist noch Zeit genug den richtigen Weg zu finden. Regen Sie sich genau die

Frage vor: Ist Hesse der Täter oder kann es auch ein anderer sein. Ich bitte den Spruch dahin zu fassen: Wir wissen nicht, ob Hesse schuldig ist. Hesse nahm das Todesurteil regungslos auf und ließ sich ruhig fesseln und abführen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 16. April. Im Prozeß gegen die aus Anlaß der Wahlrechts-Demonstrationen am 12. Februar Angeklagten wurden Pasche und Wermut zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten zu 1 bis 4 Monaten Gefängnis. Drei Angeklagte wurden wegen Übertretung zu 30, 50 resp. 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Priebe und Ludwig wurden freigesprochen. Dem Berliner Polizeipräsidenten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Berlin, 16. April. In der Untersuchung des Knabenmordes meldete sich ein Arzt, der vor zehn Jahren als Sachverständiger vor dem Schwurgericht Osnabrück tätig gewesen war. Damals war Peiber des Mordes an einem neunjährigen Mädchen angeklagt, dessen Leiche ebenfalls zerstückelt aufgefunden wurde. Der Angeklagte wurde damals wegen Beweismangels freigesprochen. Weiter wird festgestellt, daß Peiber mit Blecher längere Zeit schon bekannt war. — Die Kriminalpolizei hat in ihrem Bericht der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es sich in dem vorliegenden Falle um einen sadistischen Mord handelt. Außer dem Osnabrücker Fall liegt noch folgendes vor: Von dem Vorstand der Heilanstalt Heinersdorf, wo der Mörder sich in Behandlung befand, ging ein Brief ein, der die Kriminalabteilung beglückwünschte, diesen gefährlichen Verurteilten endlich festgenommen zu haben. Er sei schon in der Anstalt total verwers gewesen, sodas er lebenden Hühnern und Tauben die Köpfe abriß und ihr Blut trank.

Frankfurt a. M., 16. April. Der „Frankfurter Oberzeitung“ zufolge drangen in der vergangenen Nacht Einbrecher in den Kassenraum der Oststranekasse in Frankfurt a. M. und entwendeten daraus etwa 4000 Mk. bares Geld in Gold und Silber. Sie ließen 3100 Mk. Papiergeld und das ganze Diebstahlsinstrument zurück. Es handelt sich anscheinend um Berliner Geldstranekasse.

Leipzig, 16. April. Der Buchdrucker Walter Schmidt, der Sohn des hiesigen Buchdruckereibesizers in der Gutenbergstraße, hat gestanden, bei der Ermordung des Buchhändlers Arthur Siegler mitgewirkt zu haben. Der Tod erfolgte durch Erdrosseln nach vorheriger Betäubung. Gasvergiftung ist also ausgeschlossen. Flüchtling geworden ist die frühere Maschinenschreiberin Sieglers, Minna Hochmuth aus Gohlis, die nach Angaben der Minna Doell um Sieglers Tod gewußt haben soll und ihn als Leiche sah. Sie soll nach Frankfurt gestoben sein. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Schmidt und Doell findet Mitte September statt.

Dresden, 16. April. Das Schwurgericht verurteilte den Fabrikbesitzer Stadelmann in Zwickau, der 284 Wechsel im Gesamtbetrage von 200 000 Mk. gestohlen hatte, zu vierjähriger Gefängnisstrafe.

Bunzlau, 16. April. Beim Umschlagen eines Wagens in Krauschen traf die Leiche den Kopf eines 19jährigen Mädchens so heftig, daß es sofort getötet wurde.

Görlitz, 16. April. Die Strafkammer verurteilte den früheren Tafelglashütten-Besitzer Cleemann aus Rauscha wegen Konkursvergehens und Wechselstahlungen, wodurch die Reichsbank um 100 000 Mk. geschädigt

wurde, zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte wurde sofort verhaftet.

Bromberg, 16. April. Bei den Kanalisationsarbeiten in Dirschau sind zwei Arbeiter verwickelt und getötet worden.

Nordhausen, 16. April. Auf der neuen Bahnstrecke Bleicherode-Heerberg haben sich hintereinander zwei schwere Unfälle ereignet. Zwei für Überführungsarbeiten provisorisch hergestellte Brücken stürzten in dem Augenblick ein, als gerade Arbeitszüge die Brücken passierten. Vier polnische Arbeiter wurden getötet, drei schwer und einer leicht verletzt. Die näheren Umstände lassen darauf schließen, daß das Unglück auf Böswilligkeit zurückzuführen ist. Untersuchung ist eingeleitet worden.

Bergzabern, 16. April. Aus Mache wegen einer unglücklichen Zeugnisaussage hat ein Maurer einen Tagelöhner in Walde überfallen, ihn gefesselt, sodann ihm den Mund verstopft und ihn mit einem Strick an einen Baum aufgehängt. Dort blieb der Unglückliche fünf Stunden im strömenden Regen unter großen Qualen hängen, bis ihn Waldarbeiter befreiten.

Torgelow, 16. April. Wie die „Stettiner Abendpost“ meldet, stürzte sich gestern Abend die Frau des dem Trunk ergebenen Gelegenheitsarbeiters Schmidt aus Nahrungsorgen mit ihren beiden Kindern in die See. Die Frau und ein Kind ertranken, das andere Kind wurde gerettet.

Berlin, 16. April. In der Nacht zum Mittwoch ist beim Städtchen Laupen der bejahrte Kreiskommandant, Major Krummen, beim Brande seines Landhauses in den Flammen umgekommen. Der verlohnte Leichnam lag hart hinter der Haustür; daraus schließt man, daß Krummer beim Versuch, ins Freie zu flüchten, im Rauch erstickt ist. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Stockholm, 16. April. Der Dampfer „Goeta Elf“ kenterte, weil er auf einen Pfahl stieß, wodurch die Deckladung verschoben wurde. Der Kapitän und die Besatzung sind gerettet, dagegen kamen, wie jetzt festgestellt ist, zwanzig Personen im Achter-Salon ums Leben. „Goeta Elf“ ist ein kleiner Flugdampfer, der infolge des gestrigen großen Marktes mit Passagieren und Fracht stark beladen war. — Eine spätere Nachricht besagt: Nach einer Meldung aus Göttingen wurden bis gestern von den beim Kentern des Dampfers „Goeta Elf“ verunglückten Personen neun als Leichen geborgen. Die Leichen erklärten, daß sich mindestens noch fünf Leichen im Innern des Dampfers befänden.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 29. Heft des 27. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Freisinn und unser Wahlkampf. Von Karl Emil. — Das Reichsvereinsgesetz. Von Hans Bloch. — Bölow's Börsenreform. Von Ludwig Frank. — Der Kampf ums Wahlrecht. Von Georg Davidsohn. — Kolonialpolitische Rundschau. Von Parvus. — Der Koffe und Logiszwang im Handwerk. Von E. Blum (Berlin). — Literarische Rundschau: Paul Klüger, Pfarrer in Zürich. Grundriß eines modernen Moral- und Religionsunterrichtes für die reifere Jugend. Von H. Sch. — Zeitschriftenchau. — Bibliographie des Sozialismus. — Das Ergänzungsheft Nr. 2, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Die Entwicklung des japanischen Familienrechtes. Von Gustav Gastein. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne

Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 8 des 18. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum sechsten Gewerkschaftskongress in Hamburg. — Die wahre Bedeutung. — Die Heimarbeiterausstellung in Frankfurt a. M. Von H. S. — Das Reichsvereinsgesetz. — Unter der Leuerung. Von Gustav Hoch. — Die Frauen in der Statistik der Krankenversicherung. Von Fr. Kleis. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Dienstofffrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Feuilleton: In Tyrannos. Aus „Der Mütter Wittgang“. Von Eulriden. (Gebicht). — Die Dittel. Von Elisabeth Gnauck-Rühne. Für unsere Kinder: Der Frühling. Von Hans Benzmann. (Gebicht). Der Wettstreit der Feste. Von Neuland. — Oftern. Aus Goethes „Faust“ (Gebicht). — Meierl vom „kleinen Hund“. Erzählung a. d. russischen Revolution von David Kassel. Übersetzt von S. Lewitin. — Die zwei Hähne. Fabel von Ludwig Pfau. (Gebicht). — Die Sage vom Dirchscheiben. Von Wilhelm Hauff. (Fortsetzung). — Der Ofterbas. Von Friedrich Müll. (Gebicht). — Warum Familie Maulwurf ausziehen mußte. Von E. M.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Vom „Wahren Jakob“ ist uns soeben die 8. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Preussische Selbstverwaltung“ und „Reichssteuerreform“, sowie die Illustrationen „Vom guten Ton“, „Büffel Wichtig“, „Die Disziplin der Beamten“, „Resignation“, „Der rechte Name“, „Hoffnung“, „Das Geschäft blüht“, „Wie sich der kleine Schorfah den Blochwagen vorstellt“, „Die Realistin“, „Der Unterfah“, „Der Freisinn in Nöten“, „Zur Alkoholfrage“, „Blinder Alarm im Jarenschloß“ und „Im Eifer“. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Triumphgesang der Reichsparlamentarier“, „Das Lied vom Steuerzahler“, „Silbabet“, „Sächliche Schmerzen“, „Ein braver Mann“, „Blottomodie“, „Frühlingsempfinden“, „Geld“, „Wißt du das wahre Geüb sein“, „Kasernenprüche“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch das Polizeidrama in 5 Akten „Kriminalbeamtenreich“, sowie die satirischen Feuilletons „Der gestohlene Ehekontrakt des Kaisers von China“, „Ein Wiedersehen“ und „Leitfaden der Preussischen Geschichte“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Am 13. April gelangte in Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zur Ausgabe: Der preussische Landtag — Ein Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. Herausgegeben von Paul Strich. Eine vollständige Darstellung der preussischen Zustände. Das Buch ist für jeden, der die preussische Reaktion auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung kennen lernen will, von außerordentlichem Wert. Auch für Nichtpreußen ist die Kenntnis dieser Materie von Wichtigkeit, da die preussische Reaktion eine Gefahr für das ganze übrige Deutschland bedeutet. Wer sie bekämpfen will, muß sie kennen lernen. Der Preis des Buches ist broschiert 5.— Mk., gebunden 6.— Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: J. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Mathilde Bülow Hermann Maibom Verlobte. Lübeck, den 19. April 1908.

Statt besondrer Werbung: **Frieda Neumann Wilhelm Oldag** Verlobte. Lübeck, Ostern 1908. Hamburg.

Für die bewiesene Teilnahme zur Beerdigung unseres lieben Sohnes **Willi** unsern besten Dank. **E. Baader und Frau.**

Für die Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter **Anna** sagen herzlichsten Dank. **H. Borgwardt und Frau Selmsdorf.** nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke danken herzlich. **Fritz Willert und Frau nebst Sohn.**

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Kinder **Paula** und **Richard** sagen herzlichsten Dank. **W. Stühr und Frau nebst Kinder, Schönbüden.**

Ein Zimmer zu vermieten. Friedenstraße 40 II.

Zu vermieten in Wohn- u. Wohnküche zu vermieten. Preis 240 Mk. Näheres Große Gröbenstraße 12.

Gesucht von ruhigen Leuten eine ger. Dreizimmerwohnung.

Off. u. W 21 an die Exp. d. Bl.

Gesucht 3 Zimmer-Wohnung in der Nähe der Dreihöfchen vorm. Posthaus. Preis 200 h. 280 Mk. Off. unter V A an die Exp. d. Bl.

Zu verkaufen ein moderner blauer Kinderwagen m. Gummireif. Engelsgrube 70 II.

Guterhaltenes Fahrrad billig zu verkaufen. Birkenstraße 1.

„Die Woche“, Jahrgang 1907, billig zu verkaufen. Hünthausen 9, I.

Selbe und blaue Pflanzkartoffeln zu verkaufen. Sebansstraße 6 a.

Bruteier pramierte weiße Italiener. **W. Prieß, Stittenstr. 8.**

Fahrräder (gebrauchte) billig zu verkaufen. Breitenstraße 67, I.

Ein fast neuer Sackett-Kuzug billig zu verkaufen. Standortstraße 50.

Große Bohnen zu verkaufen. Reifstraße 31.

Goldene Medaille **Henning von Mindens** preisgekrönt **streichfertige Oelfarben** Berlin 1908. sind wetterbeständig, trocknen schnell mit hohem Glanz, für Gartenmöbel, Hausanstrich etc. unentbehrlich, dabei sehr billig. **Schwartau, Lübeckerstrasse 19.**

Achtung! Schnell-Befehl-Anstalt! Gut und billig.

Herrensohlen	2.00 Mk.	Herren-Absätze	70 Pf.
Damensohlen	1.30 „	Damen- „	50 „
Knabensohlen	0.90—1.50 „	Knaben- „	40—60 „
Mädchensohlen	0.90—1.20 „	Mädchen- „	40—45 „
Kindersohlen	0.60—0.80 „	Kinder- „	35 „

Nur Handarbeit!

Johannes Voss, Hürstraße 90.

Ein wenig gebraucht, Fahrrad mit Freilauf sportbillig.

Ein wenig gebr. Fahrrad sportbillig **O. Dortmund, Schwartauer Allee 99.**

Hofenackertstraße, 2. Lange und große Wohnen zu verkaufen. **Selwichstraße 26.**

Ein gut erhaltenes Fahrrad preiswürdig zu verkaufen. **Wethoffstr. 56 II.**

Einige Zugänger zu verkaufen Lützowstraße 14.

Kartoffelland ist noch zu verpachten.

Callies, Westlve.

Pfandgeschäft. Täglich geöffnet. Goldene u. silb. Uhren verkauft zu billigen Preisen.

L. S. Baruch, Regidienststr. 35.

Adolf Häbner, Uhrmacher u. Gold- arbeiter, Hünthausen 13.

J. Westphal, Bar- u. Schiffs-Klempner Engelswick 16. — Hencus 123 I.

Arztlicher Sonntagsdienst am 20. April 1908 (Dienstag): **Dr. v. Thaden, Dr. Stoffer, Dr. Forst.**

Strömerei zu verpachten. Laden, Wohn-, m. vollst. Einricht. Jährlich 350 Mk. Näh. Kottwitzstr. 47, part.

Heinrich Beckmann Reiferstraße 6 **Schuhwaren aller Art billig.** Rote Rabattmarken. **Reparatur-Werkstatt. — Handarbeit.**

Pfandhaus A. Frankenthal Lederstraße 1, I.

Neu eröffnet Pfandhaus. **Paul Albrecht, Böttcherstraße 27.** **Kausweise heute abend und morgen früh von 6—9 Uhr. Achtung!**

486. Königstraße 486.

Prima Rindfleisch	50 Pfg.
„ Rindfleisch	60 „
„ frisches Schafes	60 „
„ Gekochtes	70 „
„ Rindfleisch	80 „
„ Schafes	1 Mk.

Willy Koch, Zahntechniker, Lübeck, Holstenstr. 21.

Zahn-Atelier Karl Seeler Breitestr. 85/87 I (Ecke Huxstr.)

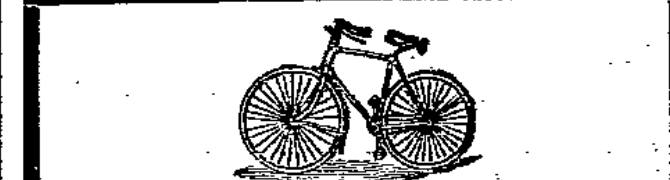
Uhren u. Goldwaren Trauringe, 333 u. 385 gest., anerkannt billig bei **Ernst Gentzen** Uhrm., Königstr. 62, b. v. Högstr. **Gebe rote Rabattmarken.**

Täglich frische Weierbutter, Fettwaren, Kartoffeln, Feinmehl, Genossenschaftsbrot. **C. Knack, Segebergstr. 21-23.**

Hausstandslampen, Zeitungen, Eisen und Metalle zu kaufen gesucht. Zahle die höchsten Preise. Postkarte genügt. **K. Kleinfeldt, Waisenhoffstr. 25.**

Meyer's Fahrrad Marke „Schnell A“ ist das stärkste Gebrauchsfahrrad für Arbeiter und Geschäftsleute.

Johs. Meyer Königstraße 51.



St. Lorenz erstes u. ältestes Motor- und Fahrradhaus **H. Benthien** Fackenburg Allee 53.

Grösste Reparaturwerkstatt. Eigene Veredelungs- und Emailier-Anstalt.

Vertreter der Claes Pfeil und Naumanns Germania-Fahrräder.

Wer
gute und billige Schuhwaren kaufen
will, gehe zu

Albert Riess
vorm. Louis Levy
Lübeck
ob. Marienbergstr. 4 u. G. Catekingenbg.

Rote Rabattmarken!

Damen-Spangenschuhe	2.25	
Damen-Schürstiefel	3.75	
Damen-Schürstiefel	5.75	
Damen-Schürstiefel (sehr eleg.)	7.50	
Herren-Schürstiefel	3.75	
Herren-Quastiefel	4.75	
Herren-Schürstiefel	4.50	
Herren-Schürstiefel (extra Hart)	6.75	
Kinder-Agraffentiefel		
25-26	27-30	31-35
2.85	3.50	3.85

Sämtliche Artikel zur Krankenpflege,

Seifen, Parfümerien, Gewürze, sowie alle ins Fach schlagende Bedarfsartikel empfiehlt zu den billigsten Preisen

Hansa - Drogerie

Hans Fock Nachf., vis-à-vis dem neuen Hauptbahnhof, Ecke Kassenburock u. Schwartauer Allee.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

laufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlm. 4. 10.
z. B. komplette Betten von 17.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
OO Rote Lubeca-Marken. OO

Erstklassige Fahrräder

Pneumatics, Laternen, Glocken u. s. w. empfiehlt zu äußerst billigen Preisen. Reparaturen an allen Systemen prompt und billig.
Heinr. Kleinfeld, Marktstr. 23a, Ecke Werderstr.

Buchsbaum, Frühlingspflanzen etc.

A. Dehn, Tannenhof 3.



Matjes-, Sommerfang- u. Berger Flomheringe
empfiehlt
H. H. Holtermann,
Lübeck, Marktwiese 4.
Täglich: Bruchheringe.

Ein Tor

Ist Jeder, der sich nicht mit der echten Steckenpferd-Littemilch-Seife von Bergmann & Co., Nabebeul, Schutzmarke: „Steckenpferd“, wäscht. Dieselbe erzeugt ein zartes reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aussehen, weiche samtweiche Haut und blendend schönen Teint.
A St. 50 Pf. bei: Ferd. Kayser, Herm. Blaser, C. Dünkert, Heinr. Heickendorff, Carl Schmidt, Rud. Karstadt, Wilh. Bandholz, Blume Jebben, Aug. Prösch, H. Wittmack,
sowie in der Löwen-Apotheke.
Zum Osterfeste bringe allen Freunden u. Bekannten meine
Wirtschaft
in freundliche Erinnerung.
G. Kähler, Sadowastr. 11.

Sämtliche Schulartikel
kaufen Sie anerkannt solide und preiswert
bei uns
Holstenhaus G.m.b.H. Lübeck

Es ist Tatsache, daß ich die meisten **Verlobungs-Ringe** an meine Arbeiter-Kundschaft verkaufe.
G. Creutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4.
Oesterreich. Zigarren
Oesterreich. Zigaretten
Oesterreich. Rauchtabelle
Gr. Auswahl Kersten, Zigarrengesch., Hitzstr. 8

Nichts macht so viel Vergnügen

als das Öffnen eines Pakets Bellchen-Seifenpulver „Goldperle“, weil so hübsche Geschenke beiliegen. Man achte auf den Namen „Goldperle“.
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.
En gros bei: H. L. Wiegels.

Achtung!
Versammlung
für alle bei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter
am Dienstag, den 21. April, abends 6 1/4 Uhr
im „Friedrichshof“, Schwartauer Allee.
Tagesordnung: Maifeier.

Versammlung
für alle auf der Koch'schen Schiffswerft beschäftigten Arbeiter
am Dienstag, den 21. April, abends 6 1/4 Uhr
in „Louisenlust“, Louisenstr.
Tagesordnung: Maifeier.
Erachte es ein jeder der dort Beschäftigten für seine Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Verband der Schneider und Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)
Einladung zum
BALL
am Sonntag, den 26. April 1908,
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Am 1. Ostertag:
Neu-Lauerhof. Gr. theatralischer Abend.
Lokalöffnung 5 Uhr.
Am 2. Ostertag:
Großes Tanzkränzchen.
Um 9 Uhr große Osterüberraschung. Eintritt frei.
Anfang 5 Uhr.

Zweiter Ostertag:
„Flora“ Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Herrschaffl. u. einfaches Mobilar ist ab. bis Mai für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen, als: Bildergalerien, Vertikow, Spiegel mit Schrant, Salongarten, Schreibeisch, Trum., Salon- und Ausziehisch, Bettstellen, Kleiderschrank, Waschtisch, Teppich, Bilder u. versch. mehr.
Wahmstr. 88, ptr. Anst.

Restaurant
Vorstädtische Bierhalle
Cronsforder Allee 33a.
Bringe meine Lokalitäten, wie Doppeltegelbahn, Klublokal, sowie Garten mit Lauben und Kinderplatz in freundliche Erinnerung.
Hochachtungsvoll
Heinrich Hannemann.
NB. Meine Doppeltegelbahn ist noch 2 Tage in der Woche frei.

Restaurant
Spielplatz Carlshof.
Am 1. und 2. Osterfeiertage:
Ostereiersuchen.
Auch Nichtmitglieder des Naturheil-Vereins haben freien Zutritt.
Der Wächter: Max Keller.

Arbeiter-Turn-Verein Stockelsdorf u. Umgegend.
BALL
verbunden mit Aufführung der Männer-, Damen- u. Jugendriege
am 20. April (2. Ostertag)
im Lokale des Herrn Dose („Drei Kronen“)
Anfang 6 Uhr. Eintritt 60 Pfg.
Das Komitee.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Frisch auf, Moising.
Am zweiten Ostertag:
*** BALL ***
bei Schreiber, Kaffeehaus Moising
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt: Vorverkauf 80 Pfg., an der Abendkasse 1.00 Mk.
Zu zahlreichem Besuch sind Freunde und Gönner des Vereines freundlichst eingeladen.
Das Komitee.

Brauerei Fackenburg
An beiden Osterfeiertagen
gr. Extra-Konzerte
Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pfg.
Programm gratis.

Gesellschaftshaus Molersdorf.
Am 2. Ostertag:
Tanzkränzchen.
Einladung
zu der am Freitag, den 24. April 1908 stattfindenden
Einweihungsfeier
des neuen Bahnhofes in Lübeck
im Konzerthaus „Flora“
bestehend in Konzertvorträgen und nachfolgendem Ball.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens Karten im Vorverkauf 75 Pfg., an der Kasse 1.00 Mk.
Mheinisch-Westfäl. Bau- u. Konstruktions Bureau.

Konzerthaus Fünfhausen
Am 1. Ostertag
Gr. theatralischer Abend
Regie H. Jahncke.
4 lustige Einakter
das große Familienprogramm
Anfang 6 Uhr.
Eintritt 30 Pfg., Kinder 10 Pfg.
Vorverkauf 11-1 Uhr 20 Pfg. i. S.



Nur ein Preis!

Jedes Paar Herren- oder Damen-Stiefel

7²⁵

Mk.

Schuhfabrik „Turul“
Alfred Fraenkel

Kommandit-Gesellschaft.

Lübeck,
49 Breitestr. 49

105
eigene Geschäfte.

Friedrich-Kranz-Halle

Am 2. Dierstag:
Tanzkränzchen

bis 2 Uhr.
Ludwig Slamer.

Travelstrand Woisling.

Am 2. Dierstage:
Große Tanz-Musik
Alle halbe Stunde Motorbootverbindung.
Johs. Schiering.

Verein der Musikfreunde.

Ostersonntag, den 19. April,
abends 7 Uhr,

im Kolosseum:

29. volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Otto Lessle (Trompete).

Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Ein Sommernachts Traum“ von Mendelssohn.

III. Leonoren-Ouverture von Beethoven.
Kaiserwalzer von Strauß.
Pique Dame, Ouverture von Suppé.

Ostermontag, den 20. April,
abends 7 Uhr,

im Kolosseum

30. volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Gustav Ladewig
aus Bad Oeynhausen.

Solist: Herr Otto Braune (Flöte).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zur Oper „Tell“ von Rossini.
Fantasie aus „Bajazzo“ von Leoncavallo.
Ungarische Tänze Nr. 5 u. 6 von Brahms.
Ouverture zu „Die Fledermaus“ von Strauß.

Mittwoch, den 22. April,
abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

Vorletztes volkstümlich. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Gustav Ladewig
aus Bad Oeynhausen.

Freitag, den 24. April,
abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

Letztes volkstümlich. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth

Tiergarten.



Sonntag, 19. April (1. Ostertag):

Grosses Konzert

ausgeführt von dem Jacobschen Konzert-Orchester.

Unter anderem kommen zum Vortrag:

Große Fantasie aus der Oper „Carmen“	Bizet.
Wir tanzen Ringelreih'n, Lied aus „Die Dollarprinzessin“	Leo Fall.
Berliner Nachtleben, Potpourri	Linke.
Ein Walzertraum	Strauß.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Am Montag, den 20. April (2. Ostertag):

Unterhaltungs-Konzert mit nachfolgendem Familienkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Hauptfütterung der Tiere an beiden Tagen Abends 6 Uhr. Kinder in Begleitung
Erwachsener freier Eintritt.

Es ladet freundlich ein W. Grammerstorf.

Konzerthaus Harmonie, Huxstraße 110.

An beiden Ostertagen: Gr. Extra-Konzert.

Neue Konzerttruppe! Zum ersten Male in Lübeck.
Erste Orig.-Salzburger Sängers-, Jodler-, Instrumental- u. Schuhplattler-Truppe.

„Die Glockenspielkinder“ 5 Damen,
3 Herren.

Alle jungen, musizieren, dudeln, jodeln, pfeifen, tanzen.

Witz, gesunder Humor, urtadel.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Anfang 4 Uhr.

EINSEGEL.

Am 2. Ostertage:

Tanzkränzchen.

Um 9 Uhr Polonaise mit Ostereierfangen.

Anfang 5 Uhr. Freier Eintritt. Freier Tanz.

F. Jenkel.

Konzerthaus Friedrichshof.

Telephon 519.

Schwartauer Allee 111.

Am 2. Ostertage: Grosses Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Eintritt frei!

Musik, ausgeführt von der beliebten Hauskapelle.

Otto Luck.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.

Bornehmstes und schönstes Etablissement

lebender, sprechender

und
singend. Photographien

Großartiges

Festprogramm.

Auf vielfältigen Wunsch:

Kaisertage

in Venedig.

Wunderbare Aufnahme der interessanten

Festlichkeiten zu

Ehren des deutschen Kaisers.

Schönes Panorama des festlich geschmückten

Venedigs. — Klare Porträts der kaiserlichen

Familie. — Die Kaiserjacht „Dohenzollern“

Kreuzer „Samburg“, Gondelflorio in den

Kanälen usw. usw.

Die Löwenbraut

* Tilly Bèbè *

mit ihrer in Freiheit vorgeführten

Löwengruppe.

Moderne Bildhauerkunst. Skulptiertes

Die Braut des Kreuzritters

Großes dramatisches Lebensbild aus der Zeit

der Kreuzzüge. Wunderbare landschaftliche

Reize. Dezent erregende Durchführung,

tablette Photographie.

Fritzens Geburtstags-Geschenk.

(Allerliebste.)

Märzwinde (hochfomisch).

Im Hafen von Neuyork.

(Panorama).

Jugendabenteuer zweier Kinder

(Lebensbild).

Duett aus Martha (Opern-Tonbild).

Posaunenmüller

(äußerst humoristisches Tonbild)

u. das grosse Programm

sowie täglich Konzert.

Hansa-Theater

An beiden Ostertagen.

Der Schlager d. Saison

Die

Liebesfestung

Ausstattungs-Paradeville in 3 Akten

von Hans Brenner und Erich Urban.

Musik von Bogumil Jopler.

Ballettmusik im 3. Akt v. Walter Schay.

Im 3. Akte:

Nürnberger Spielzeug

Bantomime mit großem Ballett,

arrang. vom Ballettmeister G. Ceruti.

Prima baller.: Signora Ripamonti

Vorkommende Tänze:

Polka: 4 Hampelmannen u. 4 Wälle.

Gavotte: 4 Pafen.

Polka: 4 Babys und 4 Drachen.

Blumengavotte: Signora Ripamonti.

Walzer: Signora Ripamonti u. Corps

de Ballett.

Galopp-Finale: Signora Ripamonti u.

Corps de Ballett.

(Die Gesamtausstattung an Defo-

rationen, Kostümen und Requisiten aus

dem Atelier Hugo Baruch & Co.)

Am Ostermontag, nachm. 4 Uhr:

Fremden-Vorstellung

(Ermäßigte Preise.)

Nakiris Hochzeit.

Musik-Operette in 3 Akten v. Zinke.

Am Ostermontag, nachm. 4 Uhr:

Berliner Nachtleben

Große Gesangs-Parade in 3 Akten

von O. Wendi, Musik von Linke.

Vorverkauf für die Nachm.-Vorstellung-

gen nur an der Theaterkasse.

Vorverkauf bei Sager

Am ersten Festtage nur

von 8-9 Uhr morgens. ||

Soziales und Parteileben.

Unternehmer-Wohltaten. Es ist ja nur zu bekannt und in der deutschen Arbeitgeber-Zeitung wurde es ja auch vor einiger Zeit offen zugegeben, daß die Unternehmer sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen in ihren Betrieben nur als Mittel zum Zweck, d. h. der besseren Ausbeutung der Arbeiter, zur Festhaltung an den Betrieb usw. betrachten. Zwei nette Beispiele aus der letzten Zeit beweisen das geradezu klassisch:

Bei der durch den Siemens-Prozeß und andere Vorkommnisse nicht gerade vorteilhaft bekannten Firma Siemens, Glasfabriken, bestehen auch so verschiedene „Wohlfahrts-Einrichtungen“, auf die die Arbeiter gern samt und sonders verzichten würden, wenn sie nur bessere Arbeitsverhältnisse hätten. U. a. bestand auch die Gepflogenheit, der Firma ergebene Arbeiter resp. deren Kindern, die die Schule verlassen, einen Konfirmationsanzug zu schenken.

In diesem Jahre nun besteht schon seit zirka 6 Wochen die Sperre über die Firma und sie wirkt so gut, zumal die Firma in aller Welt bekannt ist, daß tatsächlich nur zwei Glasmacher in dieser Zeit angefangen, eine ganze Reihe aber aufgehört haben, um bessere Arbeitsplätze aufzusuchen. Nun wurde vor einigen Wochen, um diesem Abstande zu begegnen, ein Ufas angehängt, daß in diesem Jahre die üblichen Anzüge nur dann verteilt würden, wenn die Sperre über die Firma aufgehoben würde. Auf vieles Betreiben der Getreuen der Firma, die davon auch betroffen wurden, erhielten sie schließlich 20 Mk. zur Entlohnung, dafür mußten sie aber ihre Kinder auf zwei resp. vier Jahre der Firma zur Arbeit zur Verfügung stellen! Wer die Arbeit in Glasfabriken kennt, weiß, wie leicht die Gesundheit der Kinder für immer zerstört werden kann. Das nennt man dann Wohlfahrt: Nur wer kuschelt, bekommt einen Bissen.

Bei der Firma Biesolt u. Locke, Nähmaschinenfabrik in Meißel, besteht ein Geselligkeitsverein, in dem die Firma ihre Getreuen gesammelt hat. Früher bekamen die Arbeiter nach 25jähriger Tätigkeit im Betriebe als Jubiläumsgeschenk eine Summe Geldes oder sonstige Sachen. Jetzt nur noch die Mitglieder des Geselligkeitsvereins. Mit allen Mitteln arbeiten die Kreaturen der Firma daran, die Arbeiter ihrer Organisation abspenstig zu machen. So prangte am Ausschüßbrett jetzt die Mitteilung, daß die Mitglieder des unternehmerischen Geselligkeitsvereins Kohlen zum Selbstkostenpreis erhalten können. So sucht man auf jede Art und Weise die Arbeiter der Firma ihrer Organisation abspenstig zu machen.

Gelingen wird es hoffentlich nur in den seltensten Fällen. Die allgemeine Arbeiterschaft, die als Käufer der Produkte dieser Firma auch wesentlich in Frage kommt, wird jedenfalls beweisen, daß die Firma geschäftlichen Nutzen von ihren Manipulationen nicht hat.

Eine Statistik über Mietssteigerungen. In Mockau bei Leipzig hatte der sozialdemokratische Ortsverein aus Anlaß einer vom Hausbesitzerverein vorgenommenen allgemeinen Mietssteigerung, durch die der an die Gemeinde zu zahlende neu eingeführte Wasserzins doppelt und dreifach wieder heringebbracht wurde, eine Statistik über die Mietssteigerungen durch Ausgab von Fragebogen aufzunehmen beschlossen. Eine leichte Aufgabe war es allerdings nicht, wenn man bedenkt, daß diese von den Parteigenossen in ihren Freistunden bewältigt werden mußte. Der weitaus größte Teil des gesammelten Materials war trotzdem recht gut verwendbar, während ein kleinerer Teil wegen mangelhafter Ausfüllung der gestellten Fragen nicht verwendet werden konnte. Im ganzen waren sieben Fragen gestellt worden. Diese lauteten wie folgt: 1. Sind Sie überfetzt? 2. Wie hoch? 3. Wieviel haben Sie bewilligt? 4. Wie hoch war Ihre Miete bis jetzt? 5. Haben Sie gekündigt? 6. Bleiben Sie in Mockau? 7. Bemerkungen über frühere Mietssteigerungen usw. Ein genaues Resultat liegt vor von 137 Mietwohnungen, zum Teil mit Geschäftslöken. Zu Frage 1 ist zu bemerken, daß 197 Wohnungen, das sind 17 Prozent, keine Steigerung erfahren, während 83 Proz.

gesteigert wurden; allerdings in sehr verschiedener Weise. Von 1-5 Mk. wurden 2, von 5-10 wurden 40, von 10-15 Mk. wurden 148, von 15-20 wurden 400, von 20-25 Mk. wurden 204, von 25-30 Mk. wurden 90, von 30-35 Mk. wurden 24, von 35-40 Mk. wurden 8, von 45-50 Mk. wurden 12, von 55-60 Mk. wurden 5, von 65-70 Mk. wurde 1, von 70-75 Mk. wurden 2, von 75-80 Mk. wurde 1, von 95-100 Mk. wurde 1 und um 200 Mk. wurden 2 Wohnungen gesteigert. Der Löwenanteil entfällt somit auf die Kategorie von 15-20 Mk. Die höchsten Mietssteigerungen über 50 Mk. wurden fast durchweg über Inhaber von Geschäftslöken verhängt. In einem kleinen alten Häuschen wurde eine Dachwohnung im Preise von 140 mit 84 Mk. gesteigert, obwohl diese schon früher um 12 Mk. gesteigert worden war. Der Wasserzins beträgt jedoch nur 10 Mk. für diese Wohnung. Zu Frage 3 ist zu bemerken, daß in 174 Fällen die Mietssteigerungen infolge Widerstandes der Mieter nicht in vollem Umfange aufrechterhalten werden konnten. Die Hauptsache, die Frage über früher erfolgte Mietssteigerungen, war infolge großer Fluktuation der Mieter nur in vereinzelten Fällen durch Anfrage bei früheren Mietern zu ermitteln. Hier nur einige Beispiele: Eine Wohnung, welche vor 10 Jahren 165 Mk. kostete, wird jetzt mit 260 Mk. vermietet, eine andere, welche vor 10 Jahren mit 125 Mk. bewertet, kostet jetzt 215 Mk. Derartige kolossale Mietssteigerungen sind in der Regel da erfolgt, wo die Häuser die Besitzer mehrere Male gewechselt haben und jeder dieser Hausbesitzer auf Kosten der Mieter einige tausend Märker in die Tasche steckte. Jedoch auch in neuen Häusern, die kaum 4 oder 5 Jahre stehen, sind in dieser Zeit eine oder gar zwei Mietssteigerungen erfolgt, trotzdem die Mieten darin von Anfang an schon hoch genug waren. Im großen und ganzen erstreckt man sich dem Gesamtbild, daß der Besitz eines Hauses oder eines anderen Grundstücks nicht mehr wie früher als sichere Kapitalanlage, sondern von dem überliegenden Teile der heutigen Hausbesitzer als Spekulationsobjekt betrachtet wird. Auf diese Mieterausbeutung hinzuweisen, ist um so wichtiger, als hier eine wichtige Seite der sozialen Frage berührt wird, die Wohnungsfrage.

Eine Räubergeschichte über exzidierende Eisenbahnarbeiter in Kiefernburg bei Graubenz tisch die bürgerliche Presse ihren Lesern auf. 25 Eisenbahnarbeiter sollen in die Magistratskanzlei „eingedrungen“ sein, um ihre Forderungen durchzusetzen. „Da die Polizei — heißt es in der Notiz — zur Bewältigung der Exzidenten zu schwach (?) war, wurde eine Abteilung Karabinieri herbeigeholt. 17 Mann Arbeiter wurden verhaftet.“ — Worin der Exzeß besteht, wird mit keinem Wort gesagt, was doch sicher getan worden wäre, wenn nur etwas einem Exzeß Ähnliches hätte angeführt werden können. Die Herrschaften werden es wohl mit der Angst zu tun bekommen haben, als sie die Arbeiter anmarschieren sahen. Statt nun mit ihnen zu verhandeln, wird man sie wohl im Kasernenhofen hinaus jagen wollen, dem sie nicht ohne weiteres nachkommen sein werden. Das nächste war nun, nach Polizei und Militär zu rufen. Wofür leben wir im Polizei- und Militärstaat?

Ein bürgerlicher Verleumder der Sozialdemokratie zog sich am Montag in Nürnberg eine exemplarische Strafe zu. Am 7. Dezember 1907 war vom dortigen Schöffengericht der Redakteur Dr. Lannert der national-liberalen „Fränk. Morgenzeitung“ wegen Verleumdung des Verlags und der Redaktion unserer „Fränk. Tagespost“, verurteilt durch den Vorwurf, die „Tagespost“ habe redaktionelle Angriffe auf einen geschäftlichen Verband eingeleitet, als dieser mit Entziehung der Inseratenaufträge drohte, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil erhoben beide Teile Berufung. In der vor dem Landgericht stattgehabten Berufungsverhandlung wurde das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und die Strafe Lannerts von 100 Mk. auf 400 Mk. erhöht. — In Frankfurt a. M. wurde der „Frankfurter Kurier“, das Organ des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie (bezw. dessen Redakteur Brecht), wegen Verleumdung des Genossen Josef Dabbsch-Danau zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der „Frankfurter Kurier“ hatte die Verleumdung, daß Dabbsch einmal seine Beche nicht bezahlt habe, weiterverbreitet.

100 000 Arbeiter mit Aussperrung bedroht. Seit elf Wochen befinden sich an der Nordküste Englands die Schiffszimmerer und Tischler im Streik und seit acht Wochen auch die Maschinenbauer. Dazu kommen ungefähr 1000 Mann in den Reinigungsboots. Vor einigen Wochen verkündeten die englischen Zeitungen triumphierend, daß der Streik beigelegt sei, und feierten diesen neuen Erfolg des Handelsministers, Mr. Lloyd George, der sich als ausgezeichneter Schiedsrichter in solchen Fällen bereits öfter bewährt hat. Die Arbeiter haben es aber abgelehnt, die so zustande gekommene Einigung und ihre Bedingungen anzunehmen, und streiten weiter. Die Ursache des Streiks ist eine Lohnherabsetzung, die die Unternehmer vorsehen wollten. Die Schiffbau-Industrie in Northumberland und Durham befindet sich nämlich in einer besonders starken Krise; und bei solcher Gelegenheit sind natürlich die Unternehmer immer gleich bei der Hand, den „Verlust“ auf die Arbeiter abzuwälzen, wenn diese schwach genug sind, es so hinzunehmen. Direkt betroffen von dem Streik sind vorläufig rund 15 000 Mann; dazu kommen 10 000, deren Beschäftigung durch den Streik unmöglich gemacht ist, was sicher die Unternehmer nicht beklagen, da, wie gemeidet wird, die Schiffbaukrise so stark ist, daß selbst, wenn der Streik beendet wäre, 50 Proz. wegen Arbeitsmangels nicht angestellt werden könnten. Die Armut ist natürlich groß unter den Streikenden; und man hat bereits auf alle mögliche Art, durch Verteilung von Suppen usw., sie zu unterstützen gesucht. Trotzdem aber sind die Streikenden fest entschlossen auszuharren. Und selbst die Drohung des Sekretärs der Maschinenbauergewerkschaft, von seinem Posten zurückzutreten, wenn die Streikenden die Bedingungen des Schiedsrichters, die auch er mit seinem Namen unterzeichnet habe, nicht annehmen würden, hat sie nicht erschüttert. Genosse Barnes, der auch Parlamentsmitglied ist, hat nun tatsächlich sein Amt niedergelegt, und das Exekutivkomitee der Gewerkschaft hat sich gezwungen gesehen, seine Entlassung anzunehmen. Auch die Verweise des Komitees an die Streikenden haben taube Ohren gefunden. Ebenso fest wie die Streikenden beharren aber auch die Unternehmer auf ihren Annahmen. Sie haben erklärt, daß, wenn die Streikenden die Reduktion von 1,50 Mark pro Woche bis zum 25. April nicht akzeptiert hätten, sämtliche Schiffswerften im ganzen Wirkungskreis des Unternehmervereins geschlossen werden würden. In Betracht kommen die Werften am Clyde, in Barrow, in Furness und Birkenhead. Dadurch würden zirka 100 000 Arbeiter aufs Pflaster geworfen werden. Und das nur, weil die Arbeiter die Kosten der Unfähigkeit der Kapitalistengesellschaft, die Handelskrisen zu verhindern, sich nicht noch an ihrem fargen Lohn abzuleihen lassen wollen, während doch überall die Lebensmittelpreise steigen.

Die Jahresabrechnung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1907. Die in Nr. 16 der Metallarbeiter-Zeitung enthaltene Abrechnung des Hauptvorstandes legt Zeugnis dafür ab, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen besonders weite Kreise der Metallarbeiterschaft im Jahre 1907 betroffen wurden, eine gute Entwicklung hat. Während die Konkurrenzorganisationen im letzten Jahre wenig oder keinen Zuwachs erzielten und der Christ-Dunckerische Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter sogar einen Rückgang von 8000 aufzuweisen hat, nahm der Deutsche Metallarbeiter-Verband um 27 129 zu, so daß er am Jahres-schluß 362 204 Mitglieder zählte. Davon betrug die Zahl der männlichen Mitglieder mit einem Wochenbeitrag von 60 Pfg. 344 526, die übrigen 17 678 Mitglieder (3180 Jugendliche und 14 498 weibliche) zahlen einen Wochenbeitrag von 25 Pfg. Die Gesamtentnahme der Hauptkassse betrug 9 882 771,70 Mk., 1908: 8 615 771,53 Mk., die Reineinnahme 9 524 488,19 Mk. (8 011 509,67 Mk.). Von den Ausgaben der Hauptkassse seien hier nur die bedeutenden Summen für Unterstützungs-zwecke angeführt; es wurden dafür zusammen ausbezahlt 5 758 267,41 Mark, und zwar für Kriegsgeld 294 997,92 Mk., Ungunsunterstützung 100 347,57 Mk., Erwerbslosunterstützung: a) bei Krankheit 2 152 565,20 Mk., b) bei Arbeitslosigkeit 352 820,50 Mark, Streikunterstützung 1 787 927,84 Mk., Haftregalungen 305 792 Mk., besondere Notfälle 54 666,28 Mk., Sterbegeld

Der Bekehrte.

Erzählung von Friedr. Gerstäcker.

(3. Fortsetzung.)

Die Welt ist einem steten Wechsel unterworfen. Die Nacht und Tag so kreisen Freud' und Schmerz und Sorge und Wonne, Lust und Traurigkeit, die ewige Bahn. Wenn uns das aber die glückliche Zeit auch nicht trüben soll, mag es uns doch vorsichtig und aufmerksam auf uns selber machen, uns folchem Zaumel nicht zu sorglos hinzugeben, während es uns ein Trost im Unglück oder schwerer Zeit wird, aus der wir vertrauen glücklichen Tagen entgegenzusehen dürfen.

So auch Patrie O'Keary. Die fünf Tage, auf die er gar nicht gerechnet hatte, und die ihm deshalb allerdings etwas unerwartet kamen, wurden ihm zwar blutsauer, aber sie vergingen doch auch nach und nach, und Bruder Antonius trug mit seinem freundlichen, vernünftigen Gepräch, in der den Gebeten nicht gewidmeten Zwischenzeit, viel dazu bei, seine Ungebild zu zügeln. Diese, die ihn nach Beatrizens Wohnung zog, war allerdings in etwas zu entschuldigen, und als die letzte Stunde schlug, als sein frommer Beichtvater ihn noch in einem langen innigen Gebete entlassen hatte — das er aber eigentlich nicht recht verstand, da es nur vom Entzagen und göttlichem Glauben als Ersag für alles andere handelte, ließ er nicht, als er ging, dem kleinen freundlichen Santa Rosa wieder zu.

„Entsagung und Beten?“ — Darin hatte er jetzt, seiner Meinung nach, genug geleistet für ein Lebensalter, und Glück und Freude lag für ihn auf dem schmalen, bornenvollen Pfad, den er von nun an nach des Geistlichen Meinung betreten, in vollen reichen Gaben ausgebreitet.

Er nahm sich kaum Zeit, zuerst in seine eigene Wohnung zu eilen, dort sein Büßgewand abzuwerfen und in seinen besten Sonntagstaat zu fahren. Dann setzte er seinen Hut auf und wollte eben das Innere verlassen, als sein Blick auf einen bis dahin nicht bemerkten und mitten auf dem Tisch liegenden Brief fiel.

„Eine Gratulation“, murmelte er stillvergnügt vor sich hin, nahm sich aber jetzt natürlich nicht die Zeit, die spanischen Zellen — was ihm immer noch etwas schwer wurde — durchzusehen. Er steckte den Brief nur in die Tasche,

ihn bei gelegener Muße zu lesen, war mit drei Sägen die kurze Treppe hinunter, unten auf der Straße, und lief mehr als er ging dem Hause der Geliebten zu.

An der Tür trat ihm der indes zu Pferd herübergekommene Vater Antonius entgegen und Beatrizens Mutter sah in der Ecke auf einem schmalen Bambussofa und trank ihren Matee — aber die Geliebte sah er nicht.

„Wo ist Beatriz?“ rief er, fast ohne die alte Dame zu begrüßen, ungeduldig aus. — „Lieber Gott, wenn sie nur halb die Sehnsucht nach mir hätte, wie ich nach ihr, sie würde mich nicht eine Minute länger auf ihren lieben Anblick warten lassen. Ach Sennora Santilla, Ihr Anblick tut tranken Augen wohl, und Vater Antonius hier mag mir gleich bezeugen, was ich alles getan habe, in Ihren und Beatriz' Augen Gnade zu finden.“

„In Gottes Augen mein Sohn,“ sagte der Geistliche mit leiser, halb vornurksvoller Stimme, „nicht der Menschen wegen hast du doch den Schritt getan, der dich zum ewigen Leben führen soll.“

Die alte Dame war indessen etwas verlegen von ihrem Sitz aufgestanden. Seinen Gruß aber freundlich erwidern, frug sie ihn rasch etwas ängstlich, ob er den Brief nicht erhalten hätte, der in seinem Zimmer für ihn gelegen.

„Den Brief?“ rief Patrie, und ein eigenes, unheimliches Gefühl beschlich sein Herz — was hatte er jetzt mit dem Brief zu tun. Er lehnte sich nach Beatriz, und die Frage nach ihr schien alles andere, was es auch sei, beseitigen zu wollen.

„Mein lieber Sohn,“ nahm da der Geistliche das Wort und die alte Dame zog sich zu gleicher Zeit wie Schutz suchend hinter ihn zurück. — „es hat dem Herrn gefallen.“

„Allmächtiger Gott!“ rief Patrie, dem ein jäher Schreck das jagende Herz durchzuckte — „sie ist tot?“

„Beatriz nein — der Himmel sei dafür gepriesen,“ erwiderte mit einem dankenden Blicke nach oben der Geistliche — und fuhr dann in halb segnender Stellung gegen den jungen Mann fort, „es hat dem Herrn gefallen, dich durch unsere Hilfe den Weg des Heils zu führen. Was dir dort als hohes göttliches Ziel vorleuchtet, kann nicht dem irdischen Schein und Tand verglichen werden.“

„Aber Beatriz, mein frommer Herr,“ rief Patrie in kaum mehr zu zählender Ungebild, „wir haben jetzt neun volle Tage nichts auf der Gottes Welt getan, als gefastet

und gebetet: gebt mir jetzt wenigstens nur soviel Stranden einmal für mich selbst. Wo ist Beatriz, Sennora?“

„Beatriz,“ flötete die alte Dame in nicht mehr zu verkennender Verlegenheit — „Beatriz ist!“

„Mit ihrem Gatten nach Mendoza gegangen,“ erwiderte ruhig und milde der Geistliche.

„Mit ihrem?“ — schrie Patrie mit stieren Augen und getrennten Lippen und vermochte das Wort gar nicht zu wiederholen — „mit ihrem —“

„Gatten Don Carlos San Juan nach Mendoza gegangen, wo er anständig und Kolonialdirektor ist!“ sagte der Geistliche ruhig. „Die herzlichsten Grüße und Glückwünsche hat sie mir noch —“

„Heiland der Welt!“ schrie aber der Jre plötzlich, mit der Faust dabei auf den Tisch schlagend, daß die Matte kanne hoch emporfuhr und in Scherben auf den Boden rollte. — „Betrug! schändlicher nichtwürdiger Betrug! Ich bin verraten und verkauft — heimtückisch, böslich hintergangen, und die Gerichte selber sollen mir jetzt gegen eure Ränke und Schliche Gerechtigkeit und Recht verschaffen!“

Wie ein Bessener tanzte und tobte er in der Stube herum und schien nur einen würdigen Gegenstand zu suchen, an dem er seine Wut, seinen Grimm auslassen konnte. An der Frau und dem Priester durfte er sich natürlich nicht vergreifen. Endlich aber war er nicht mehr in stande, es im Zimmer auszuhalten; mit einem kräftigen Stöße, seiner Sinne kaum mehr mächtig, trat er die Tür auf und stürzte mit gottelästlichen Verwünschungen auf den bleichen Tippen, hinaus ins Freie — hinauf in die Berge.

Wo er dort gewesen, welche Klippen und Abhänge er erklimmt, wie oft er in dem bröcklichen unsichern Gestein gestürzt, er wußte es selber nicht. Milde und zum Tod erschöpft, im Gesicht und an den Händen blutend, in Schweiß gebadet, aber immer noch mit keinem klaren Bewußtsein, was jetzt zu tun, wie zu handeln, kehrte er spät am Abend in seine eigene Wohnung zurück, wo er zu seinem Erstaunen den Vater Antonius seiner Harand fand. Patrie war aber noch keineswegs in der Stimmung, ihm ruhig Gehör zu geben, und in der ersten Aufregung, als das Bild des frommen Mannes wieder all die Szenen der vergangenen Tage in sein Gedächtnis zurückrief, überschüttete er ihn mit bitteren Vorwürfen.

(Fortsetzung folgt.)

86 165,75 Mk., Reichsschatz 72 984,45 Mk. Außer diesen Leistungen der Hauptkasse sind aus den Mitteln der Lokal-kassen noch große Aufwendungen für die gleichen Zwecke gemacht worden, worüber gesonderte Abrechnung erfolgen wird. Das Vermögen bei der Hauptkasse vermehrte sich um 1 433 820,50 Mk., es betrug am Jahreschluss 4 038 471,49 Mk. Durch die Abrechnung wird in bündigster Weise die kürzlich in der bürgerlichen Presse erschienene Notiz widerlegt, nach der der Verband an Mitgliedern abgenommen haben sollte. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sagt deshalb mit Recht; mögen sich an der Jahresabrechnung nunmehr alle die die Schnäbel meken, die den Deutschen Metallarbeiter-Verband so gern pulverisieren möchten.“

Meinungsäußerungen in der chemischen Industrie. Welch kolossale Überschüsse dieselben Werke abwerfen, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht mißgönnten, die sie erbärmlich entlohnen, miserabel behandeln und oft nicht das geringste tun, um die erschreckend hohe Krankheitsziffer herabzumindern, mag folgender Abschluß dartun. Es handelt sich um die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co., Elberfeld. Der Abschluß für 1907 ergibt einschließlich des Vortrags 938 460 Mk. (i. V. 898 812 Mk.) einen Gewinn von 12 602 411 Mk. (i. V. 11 096 600 Mk.). Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 86 Prozent (wie i. V.) vorzuschlagen, 3,5 (i. V. 2) Millionen Mark der Rücklage II zu überweisen, für Beamten- und Arbeiter-Wohlfahrtszwecke 600 000 Mark und für Wohlfahrtsanlagen 200 000 Mk. (wie i. V.) zurückzustellen und 989 211 Mk. (988 160) vorzutragen. Es soll ferner vorgeschlagen werden, aus der Rücklage II gleichzeitig eine außerordentliche Dividende von 20 Prozent zu verteilen, so daß eine Gesamtdividende von 56 Prozent zur Auszahlung gelangt. Die Farbenwerke vorm. Meister, Lucius, Brüning in Höchst erhielten 1907 nach Abschreibung von 2 651 720, Mk. im Vorjahre 2 363 185 Mk., ein Gewinnergebnis von 11 098 770 Mk., im Vorjahre 10 736 440 Mk. Es wurde eine Dividende von 30 Proz., wie im Vorjahre, vorgeschlagen. — Den „armen“ Aktionären der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die im Schweiße ihres Angesichts so sauer ihr Brot verdienen müssen, winkt auch in diesem Jahre wieder ein recht „magerer Verdienst“. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrates wurde die Bilanz für das Geschäftsjahr 1907 vorgelegt. Dieselbe weist ein Gewinnergebnis auf von 18 167 589,73 Mk. (vgl. Vortrag von 1 293 169,89 Mk.) gegen 12 875 072,74 Mk. im Vorjahre. Der Aufsichtsrat beschloß, nach Abtrag von 5 144 721,05 Mk. auf das Amortisationskonto der Generalversammlung der Aktionäre die Verteilung einer Dividende von 30 Proz. (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen. Also 14 450 759,62 Mk. als Gewinnergebnis; wie armfellig gegenüber dieser Summe nehmen sich die so viel gepriesenen Wohlfahrts-Einrichtungen an, mit denen man die Arbeiter einlullen will. Die 30 Prozent würden jedenfalls noch um einige vermehrt sein, wenn nicht auf das Amortisationskonto die horrenden Summe von 5 144 721,95 Mk. abgeschrieben wären. Zahlen reden und lehren!

Klagende Reichsverbändler vor Gericht. Ein politischer Verleumdungsprozeß gelangte dieser Tage vor dem Kasseler Schöffengericht zur Verhandlung. Sechzehn hervorragende Mitglieder der Kasseler Filiale des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hatten Verleumdungsklage gegen das sozialdemokratische Kasseler „Volksblatt“ angestrengt. Die bei der Staatsanwaltschaft beantragte Erhebung der öffentlichen Anklage war abgelehnt worden, so daß die Kläger den Weg der Privatklage beschreiten mußten. Unter Anklage gestellt sind acht Artikel des Kasseler „Volksblatts“ vom September und Oktober v. J., in denen von dem schönen Gebaren des Reichsverbandes die Rede ist. Rechtsanwalt Dr. Frank-Mannheim stand dem angeklagten Redakteur des „Volksblatt“, Hauschild, als Rechtsbeistand zur Seite. Der Beginn der Verhandlung zog sich lange hin, da beide Schöffen Mitglieder des Reichsverbandes waren und sich selbst als Befangene ablehnten. Es mußten infolgedessen zwei Neuichöffen zur Stelle geschafft werden. Verteidiger Frank will den Nachweis führen, daß eine

ganze Anzahl bekannter Politiker, die Gegner der Sozialdemokratie sind, in genau derselben Weise in demselben Sinne wie der Angeklagte über die Tätigkeit des Reichsverbandes geurteilt haben. Weiter bestreitet Verteidiger Frank den 16 Mitgliedern des Reichsverbandes überhaupt die Mitgliedschaft zur Klage. Wenn allgemein vom Reichsverband gesprochen werde, dürfen nicht die einzelnen Mitglieder klagen. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, daß die einzelnen Mitglieder sehr wohl die beleidigenden Ausdrücke auf sich beziehen konnten und deshalb berechtigt sind, Strafantrag zu stellen. Aus der Form der Ausdrücke gehe die Absicht der Beleidigung hervor. Man könne nicht beweisen, daß jemand ein Idiot oder Trottel sei. Alle dazugehörenden Beweisanträge werden daher abgelehnt. Dagegen sei es für das Strafmaß verheißlich, ob einige Behauptungen des Reichsverbandes wider besseres Wissen gemacht worden sind oder nicht. Davon könnte eventuell abhängen, ob auf eine Freiheitsstrafe oder auf eine Geldstrafe zu erkennen sei. Das Gericht beschloß daher, den Landtagsabgeordneten Hug-Bant und den Reichstagsabgeordneten Redakteur Gek von der „Mannheimer Volksstimme“ über die vom Verteidiger Frank behaupteten Tatsachen zu vernehmen. Der Reichsverband hatte, wie Genosse Frank erwähnte, von Wilhelm Liebknecht behauptet, er habe 1870 die heimkehrenden Krieger mit zweibeinigen Tieren verglichen. Er hat ferner, trotzdem das Gegenteil erwiesen ist, von den Schwelgereien in der Banter Stadtverordnetenversammlung gesprochen und schließlich behauptet, die „Mannheimer Volksstimme“ habe die Urheber der letzten Reichsfinanzreform eine Verbrecherbande genannt. Diese drei Behauptungen sind sämtlich unwichtig. Liebknechts Artikel im „Volksstaat“ hat gerade die entgegengesetzte Tendenz; die Schwelgerei in Bant besteht darin, daß die Banter Stadtverordneten, die zumest Arbeiter sind, während längerer Sitzungen Bier getrunken und Zigarren geraucht haben. Die „Mannheimer Volksstimme“ schließlich hat niemals einen ihr untergeschobenen Ausdruck gebraucht. Verteidiger Frank erklärte auf den Gerichtsbeschuß hin, daß er weitere Vernehmungen beantragen werde, vor allem die Vernehmung des Vorsitzenden des Reichsverbandes, Generalleutnant v. Liebert. Ferner wolle er beweisen, daß der Reichsverband die drei bürgerlichen Reichstagsabgeordneten Naumann, Pfundtner und Dose deswegen beschimpft hat, weil sie an dem Leichenbegängnis des sozialdemokratischen Führers Janas Auer teilgenommen haben. Das Gericht legt hierauf die Verhandlung auf unbestimmte Zeit aus, um weitere Beweisanträge von beiden Seiten entgegenzunehmen.

Aus Nah und Fern.

Mittelalterliches aus der Gegenwart. Als ein bezeichnendes Kulturdocument ist ein Brief zu betrachten, den ein katholischer Geistlicher in einem Orte der Diözese Bamberg an ein Mädchen geschrieben hat, die sich mit einem protestantischen Mann verheiratet will, von dem sie mehrere Kinder hat. In dem Briefe heißt es u. a.:

Sie waren am letzten Sonnabend mit ihrem Bräutigam beim protestantischen Pfarrer, haben den Vertrag unterschrieben, der auf protestantische Kindererziehung lautet, und stehen im Begriff, sich protestantisch trauen zu lassen. Sie überliefern also Ihre Kinder der Kezerei, welche ein von der kath. Kirche abgefallener Priester gegründet hat. In der heil. Schrift heißt es, daß es für den, der die Kinder ärgert, besser wäre, wenn man ihm einen Mühlstein an den Hals hängen und ihn in der Tiefe des Meeres versenken würde. Was würde Jesus Christus, der Sohn Gottes... für eine Strafe über eine Mutter verhängt haben, die nicht nur ihre Kinder geärgert, sondern sie auch der Kezerei überliefert und sie dadurch unglücklich gemacht hätte? — Sie sind nunmehr vom Empfang der hl. Sakramente der Buße und des Altars ausgeschlossen, kein katholischer Priester kann Sie mehr gültig lossprechen; wenn Sie diese Sünde, der Sie sich dadurch schuldig machen, bei einem Priester in der Weidte verschweigen, so würden Sie einen Gottesraub begehen. Ebenso werden Ihnen die hl. Sterbesakramente

in der Todesgefahr verweigert, solange bis Sie erklären, den Fehler gut zu machen und den katholischen Kirchenvertrag mit Ihrem Manne eingehen zu wollen. Daß dieses keine leeren Drohungen sind, werden Sie vielleicht bald erfahren. Ich betrachte Sie als eine von der kath. Kirche abgefallene Person, und wenn Sie plötzlich und ohne Belehrung sterben würden, würde ich Ihnen das kath. Begräbnis verweigern. Es kommt die Zeit des letzten Gerichts, wo ich und Sie vor dem ewigen Richter einander gegenüber gestellt werden. Der Richter wird mich fragen: „Hast du diese Katholikin aufmerksam gemacht, hast du ihr vorgestellt, welche große Sünde sie begeht, wenn sie sich protestantisch trauen läßt und ihre armen Kinder der Kezerei überliefert?“ Ich kann dann ruhig sagen: „Derr, ich habe es getan!“ — Wehe Ihnen, wenn Sie dann sagen müssen: „Und ich habe nicht gefolgt!“ — Bei allem, was mir heilig ist, beim Blute Christi beschwöre ich Sie, kehren Sie jetzt noch um, lieber leben Sie mit Ihren Kindern allein, als daß Sie ein Leben anfangen, auf dem der Segen Gottes nicht ruhen kann.

Das kath. Pfarramt.
S. P., Pfarrer.

Derartige Briefe werden massenhaft geschrieben, sie können nur nicht an die Öffentlichkeit, weil die Betroffenen sich dem geistlichen Terrorismus fügen, der lieben die Kinder einer Katholikin verloren sieht, als daß diese sich protestantisch trauen läßt.

Eine Insel, die nur auf der Karte existiert. Folgende merkwürdige Mitteilung hat, wie aus London ergehen läßt, die britische Admiralität an die Marine ergoßen lassen: „Kiel Island, das an der Westküste von Palao oder den Pelelo-Inseln liegend angenommen wurde, existiert nicht. Kiel Island ist deshalb von allen Seekarten zu entfernen.“ Diese „Insel“ im nördlichen Teil des Stillen Ozeans, die niemals existiert hat, nimmt nun schon seit 50 bis 60 Jahren auf den Karten der britischen Marine ihren Platz ein. Vor mehr als einem halben Jahrhundert wurde sie „entdeckt“ und beschrieben und auch auf der Karte eingezeichnet, aber als die Seeleute sie niemals zu Gesicht belamen, wurden sie skeptisch und wußten nicht, wem sie mehr trauen sollten, ihren Augen oder der Karte. Bevor diese Zweifel aber in die Admiralität drangen, sind mehr als 50 Jahre vergangen und erst ein deutsches Kriegsschiff, das von der deutschen Admiralität zur Untersuchung dieser nie gesehenen Insel ausgesandt war, hat Kiel Island als ein bloßes Phantom festgestellt.

Schwärmer im Missouri-Tal. Aus Helena, der Hauptstadt des Staates Montana, wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphiert, daß das Gebiet am Oberlauf des Missouri, von der Stadt Great Falls an aufwärts, von einer ungeheuren Überschwemmung umgeben ist. Auf 20 Meilen Breite gleicht die Landschaft einem See, aus dem die Häuser von Duzenden von Städten inselreich hervorragen. Hunderte von Farmgebäuden im Lande sind durch das Hochwasser des reißenden Flusses von allem Verbleib abgeschnitten. Die Bewohner haben sich in die Berge geflüchtet. Viele Menschen sind ertrunken. Viel Vieh ist verloren gegangen und der Sachschaden ist außerordentlich groß. Die Schneeschmelze in den Rocky-Mountains bringt in jedem Frühjahr ein gewaltiges Anschwellen des Missouri, fast nie aber hat die Hochflut einen so gefährlichen Umfang angenommen wie in diesem Jahre.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Sieling.
Verleger: E. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.
Dienstag, den 21. April 1908 (3. Ostertag),
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52:
Jugend.
Liebesdrama in 3 Akten von Max Halbe.
Ausgeführt von ersten Künstlern des Stadttheaters.
Eintrittspreis 30 Pfg. Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr präzis.
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben. Der Vorstand.
Garderobe braucht nicht abgegeben zu werden.

Turnhallen-Bauverein E. V.
Unterhaltungs-Abend
bestehend in
Konzert, Gesangsvorträgen, turnerischen, humoristischen und Theater-Aufführungen verbunden mit Tombola
am ersten Ostertag 1908
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Anfang 6 Uhr. — Eintritt 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.
Die Tombola-Lose, welche nicht verkauft sind, müssen am 1. Ostertag bis mittags 1 Uhr im „Vereinshaus“ abgeholt sein, widrigenfalls dieselben als verkauft gelten.

Quartettverein Amicitia.
BALLO
verbunden mit Aufführungen
am 2. Ostertag, d. 20. April,
im Lokale „Waffen-Schnecke“.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Gibt willkommen.
Der Vorstand.

Central-Hallen.
Am 2. Ostertag:
Tanzkränzchen.
Tanz im Abonnement 50 Pfg.
Eintritt à Person 10 Pfg.
Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.
W. Bergwardt.

Heinr. Hagelstein, Königstraße 85, b. d. Wahnstr.
empfiehlt vorzügliche 5- und 6-Pfg.-Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Kautabake.
Ges.-Lose Nr. 3.30. Ziehung im Mai.

Gesangverein „Eintracht“
BALL
am Montag, 20. April 1908 (2. Ostertag),
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 6 Uhr. Mitgliederkarten sind vorzuziehen. Ende 2 Uhr.
Der Vorstand.

Neu!
Louisenlust.
Am 2. Ostertage:
Grosse Tanzmusik
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr.
Musik vom Harmonika-Klub Harmonia.
(6 Herren.) W. Gloe.

Neu!
Weißer Engel.
Am 2. Ostertag: Tanzkränzchen.
Stadthalle.
Sonntag, den 19. April, und Montag, den 20. April:
Zweimaliges Gesamt-Gastspiel von
Rosa Poppe, Kgl. Preuss. Hofchauspielerin
Max Eisfeldt v. Deutschen Theater, Berlin
Margarete Häbler v. Deutschen Theater, Berlin
Adele Werra v. Berliner Theater, Berlin
Paul Pauly v. Schiller-Theater, Berlin
Leopold Sachse v. Schiller-Theat., Berlin.
Sonntag: **Sappho.** 7¹/₂ Uhr.
Montag: **Medea.** 7¹/₂ Uhr.
Vorverkauf bei D. Drefalt, Sandstr. u.
F. Nagel, Markt. Sonntag bis 9 Uhr
morgens, Montag bis 1 Uhr mittags. An
der Theaterkasse Sonntag und Montag von
11 bis 1 Uhr mittags und von 4 bis 6 Uhr
nachmittags.
E. Feldhusen.

Dilettantenklub „Einigkeit“ St. Gertrud.
Theatralischer Abend
am Sonntag, 19. April 1908
(1. Ostertag)
im Lokale „Neu-Lauerhof“.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Eintritt 25 Pfg. Kinder 10 Pfg.
Das Komitee.